

Brühler Zeitung

Brühler Lokalanzeiger — Brühler Stadtanzeiger — Brühler Volkszeitung

Anzeigenpreis für 1 mm Höhe 10 Pfg. Kleinanzeigen 30 Pfg. Offertengeld und Kunstverteilung 30 Pfg. — Beilagen pro Laufzeit 20 Mark. — Bei zwangsweiser Verbreitung oder Konsum in jeder Kabine hinfällig. — Platzvorschriften unverbindlich.

Amtsblatt der Stadt Brühl

Postfachkonto Köln 12742 — Fernsprecher 2108

Bezugspreis. Durch den Boten frei ins Haus oder durch die Post monatlich 1.60 Mk im Voraus zahlbar. Die Brühler Zeitung erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen. — Störungen infolge höherer Gewalt oder Ausstände rechtfertigen keine Entschädigung.

33. Jahrgang.

Nr. 279

Dienstag, 2. Dezember 1930.

Die Notverordnung unterzeichnet

Berlin, 2. Dez. Der Herr Reichspräsident hat die ihm von der Reichsregierung vorgeschlagene Verordnung zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen auf Grund des Art. 48 der Reichsverfassung gestern unterzeichnet.

Zur Veröffentlichung

Mit. Köln, 2. Dez. Obwohl die Notverordnung erst Montagabend veröffentlicht worden ist, waren bereits in den letzten Tagen von der Presse verschiedene Punkte derselben inhaltlich bekannt gegeben worden, infolgedessen enthielten sie auch eine Reihe mehr oder weniger große Ungenauigkeiten.

Am Montagnachmittag wurde Reichskanzler Brüning vom Reichspräsidenten empfangen, der daraufhin die vom Reichstagspräsidenten beschlossene Notverordnung unterzeichnete. Diese besteht im wesentlichen aus drei Teilen und enthält gewisse Änderungen der Notverordnung vom 26. Juli ds. Js., insbesondere hinsichtlich der Krankenversicherung, der Arbeitslosenversicherung und der Gemeindefinanzen. Außerdem umfasst die neue Notverordnung den Finanz- und Wirtschaftsplan der Reichsregierung, wie er in der Sitzung vom Reichsrat verabschiedet wurde. Nach einer amtlichen Bekanntgabe wird von einer einzelnen Begründung der Notverordnung durch eine offizielle Veröffentlichung im Augenblick abgesehen, zumal der Wirtschafts- und Finanzplan, der den wesentlichen Inhalt der neuen Notverordnung bildet, bereits am 30. September d. Js. eine eingehende amtliche Begründung erfahren hat.

Daß der Mittwoch zusammengetretene Reichstag die Notverordnung wieder aufheben könnte, hält man noch viel weniger für möglich, wie im Juli; es müßte denn die extremen Flügelparteien von einer solchen ausgesprochenen Tendenz befreit sein, daß sie nicht einmal vor der großen Verantwortung zurückschrecken, die ein derartiges Unterfangen mit sich bringt.

Die „Kölnische Volkszeitung“ schreibt zu der getroffenen Entscheidung u. a.: „Die Krise der Selbstverwaltung, von der man ja auch sprechen muß, angesichts der Erscheinung, daß zahlreiche kommunale Parlamente schmerzhafte Maßnahmen sich lieber von der Staatsgewalt vornehmen lassen, als sie selbst vorzunehmen, ist schließlich auch nichts anderes, als die Krise des staatlichen Parlamentarismus. Immer mehr erhebt sich die Frage, wie lange dieser Zustand noch andauern wird. Wir fürchten: Solange wie die außerordentliche Notlage unseres Volkes andauern wird.“

Die neue Notverordnung

Mit. Berlin, 2. Dez. Wie in der amtlichen Erklärung zur Veröffentlichung der Notverordnung gesagt wird, tritt hierdurch auf Grund des Artikels 48 der Verfassung ein bedeutendes und umfangreiches Gesetz in Kraft.

Die aus drei Teilen sich zusammensetzende Notverordnung enthält zunächst gewisse Änderungen der am 26. Juli ds. Js. herausgegebenen Notverordnung, welche sich vornehmlich auf den Gebieten der Kranken- und Arbeitslosenversicherung sowie der Gemeindefinanzen bewegen. Bei der eigentlichen Verordnung über den Finanz- und Wirtschaftsplan der Reichsregierung beziehen sich die vorgelegenen Änderungen nur auf jene Teile, die einen verfassungsändernden Charakter hatten und diese dadurch jetzt keine Angriffspunkte bieten.

Im dritten Teil der Notverordnung beschäftigt man sich mit der deutschen Landwirtschaft, wobei zur Produktionsförderung gewisse Zollerleichterungen vorgehen und mit Bezug auf das Brotgesetz wichtige Bestimmungen eingefügt wurden, so beispielsweise hinsichtlich des Weizenanbauzwanges.

Die ganze Notverordnung gliedert sich in mehrere Abschnitte mit entsprechenden Untertiteln; darunter sind jene Kapitel über Steuervereinfachung und Steuervereinfachung, Finanzhilfen, ferner Fragen der deutschen Goldbestände, Bank, der Reichsbank und der Rentenbank usw. Man hat von einer Einzelbegründung der Notverordnung absehen zu können geglaubt; doch befällt sich die Reichsregierung eine ergänzende Begründung für die bevorstehenden Reichstagsverhandlungen vor.

Wie weiter bekannt wird, hatten Reichskanzler Dr. Brüning und Reichsfinanzminister Dr. Dietrich gestern mit zahlreichen Ländervertretern und Wirtschaftsachverständigen des Reichsrates längere Besprechungen über die wichtigsten Wirtschaftsfragen, die vertraulich geführt wurden. Ein Bericht hierüber wurde nicht herausgegeben.

Die Staatspartei für das Regierungsprogramm.

Mit. Berlin, 1. Dez. Die Reichstagsfraktion der Staatspartei hielt heute im Reichstage eine Sitzung ab, in der Finanzminister Dr. Dietrich einen Vortrag über das Finanzprogramm der Regierung hielt. In der sich anschließenden längeren Aussprache wurden mancherlei Bedenken gegen Einzelheiten des Regierungsprogramms vorgebracht, doch wurde einstimmig beschlossen, angesichts der Not des Vaterlandes dem Regierungsprogramm zuzustimmen.

Braun für Brüning

civ. (Eigener Dienst). Der preussische Ministerpräsident, der sich stets durch seine realpolitische Beurteilung der politischen Gesamtlage auszeichnete, hat in einer Versammlungsrede in Bielefeld ein bemerkenswertes Bekenntnis zur Politik des Kabinetts Brüning abgegeben.

Braun führte aus, daß der Reichstag, wenn er jetzt verlagert, sich nicht wundern dürfe, wenn eine Regierung pflichtgemäß handle und auch die Grenzen ihrer verfassungsmäßigen Zuständigkeit sehr weit ausdehne. Sie sei dann in eine Lage verlegt, daß sie entweder zurücktreten oder verantwortungsbewußt diejenigen Maßnahmen treffen müsse, die notwendig seien.

Damit ist doch offenbar gesagt, daß die Sozialdemokratie, von der Braun einer der prominentesten Führer ist, der Reichsregierung keine Schwierigkeiten machen wird, wenn sie die finanzielle Sanierung auf dem Wege der Notverordnung durchführt, falls sich zwischen Regierung und Reichstag keine Verständigungsmöglichkeit ergibt.

Entschließung des Zentralvorstandes der Deutschen Volkspartei

Mit. Berlin, 2. Dez. Der Zentralvorstand der Deutschen Volkspartei faßte nach eingehender Aussprache bei seinen Beratungen im Preussischen Landtag folgende Entschließung:

Der Zentralvorstand der Deutschen Volkspartei begrüßt es, daß die Reichsregierung energische Schritte eingelegt hat, um den Schutz der deutschstämmigen Bevölkerung in Ostpreußen gegen polnische Verfolgung und Willkür sicherzustellen. Der Zentralvorstand erblickt in den empörenden Gewalttaten gegen zahlreiche Deutsche den neuen Beweis, daß der von ihm übernommene Verpflichtungen, den Minderheiten Recht und Schutz zu gewähren, zu erfüllen.

Der Zentralvorstand der Deutschen Volkspartei erwartet, daß alle zivilisierten Länder der Welt in solchen jeder Kultur hochanprechenden Methoden der polnischen Herrschaft eine Gefahr für den Frieden Europas und für den Ausgleich unter den Völkern erkennen und daraus bei den nächsten Beratungen in Genf die notwendigen Folgerungen ziehen.

Deshalb erneuert der Zentralvorstand der Deutschen Volkspartei die Forderung nach Revision der deutschen Ostgrenzen. Nur dadurch kann alte deutsche Kultur in der Ostmark gerettet, ihren Trägern die Möglichkeit zu friedlicher Arbeit gegeben und der Zusammenhang mit Ostpreußen wiederhergestellt werden.

Weiter wurde einstimmig eine Entschließung angenommen, in der es u. a. heißt: Die Deutsche Volkspartei verlangt eine grundlegende Neuordnung unserer Finanz- und wirtschaftspolitischen Verhältnisse. Die Deutsche Volkspartei setzt damit die Politik ihres großen Führers fort, der auf die Unhaltbarkeit unserer innenpolitischen Zustände eindringlich hingewiesen hat. Der Zentralvorstand begrüßt die unerschütterliche Entschlossenheit der Reichstagsfraktion eine Reform abzulehnen, die Zugeständnisse an die bisherigen falschen Methoden macht, durch die wir in die jetzige verhängnisvolle Lage hineingekommen sind. Es gilt jetzt, den infolge der wirtschaftlichen Verhältnisse verzweiften Volkswirtschaften, insbesondere der durch Verletzung und Schlagworten verwirrten Jugend, die großen staatspolitischen Ziele vor Augen zu stellen, deren Verwirklichung eine Dauer verheißende Reform einleiten muß: Stärkung des nationalen Willens zur Selbstbehauptung, Festigung der Regierungsgewalt, Beseitigung der Alleinherrschaft des Parlaments, Neuordnung der Beziehungen zwischen Reich und Ländern, Wiederherstellung

gesunder Grundlagen in den Gemeinden, Kampf gegen alle Bestrebungen, die kulturellen Grundlagen von Volk und Staat zu zerstören.

Der Zentralvorstand ist überzeugt, daß der Ruf zu solcher Mitarbeit ein starkes Echo findet bei denen, die der ehrliche Wille treibt, dem Volksganzen zu dienen und unser Vaterland zu retten.

Kulturpolitische Anträge des Zentrums im Reichstag

Zum Schutze der Jugend.

Ein Antrag des Zentrums ersucht die Reichsregierung, baldmöglichst den Entwurf eines Gesetzes zum Schutze der Jugend bei Luftfahrten vorzulegen.

Zur Reform des Lichtspielgesetzes.

Wünscht die Zentrumsfraktion eine Novelle, mit der Maßgabe, daß der Religion und den Religionsgesellschaften als Kulturbefördernden Trägern des deutschen Volkstums ein ausreichender Schutz gewährt wird, daß Schundfilme und sittenverderbende Filme nicht zugelassen werden, daß die Vorführung von Propagandafilmen, die die Autorität und den Bestand des Staates gefährden, und ausführen, nicht gestattet ist, ferner daß erwogen wird, eine Zentralisierung der Filmprüfung vorzunehmen, daß schließlich Verhandlungen mit den Ländern aufgenommen werden, um eine verstärkte Kontrolle der Kellame durchzuführen.

Zum Schutze der Volksgesundheit.

Ein Antrag der Zentrumsfraktion des Reichstags ersucht die Reichsregierung, angesichts der Erschwerung der strafrechtlichen Behandlung der Prostitution durch das Gesetz zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten vom 18. Februar 1927, in Erwägungen darüber einzutreten, wie eine bessere Erfassung sittlich gefährdeter Jugendlicher zum Zwecke sorgfältiger Betreuung ermöglicht werden kann.

Ein weiterer Antrag ersucht die Reichsregierung, im Einvernehmen mit den Landesregierungen baldmöglichst Ausführungsbestimmungen zu erlassen, wonach der Betrieb von Schutzmitteln gegen Geschlechtskrankheiten durch Automaten als eine Zuwiderhandlung gegen das Gesetz zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten vom 18. Februar 1927 anzusehen ist.

Die Senferaufrüstungsdebatte

civ. (Eigener Dienst). Das Interesse für das, was gegenwärtig in Genf über die Aufrüstung der Anderen und über die Aufrüstung Deutschlands verhandelt wird, ist in der deutschen Öffentlichkeit diesmal verhältnismäßig groß. Allerdings sind wir noch weit davon entfernt, die ganze Tragweite dieser Vorgänge zu erkennen.

Wir sehen überhaupt das Aufrüstungsproblem, beziehungsweise das, was sich augenblicklich in Genf abspielt, lediglich unter dem Gesichtspunkt, daß unsere ehemaligen Gegner mit ihrem Aufrüstungsversprechen uns schwer betrogen haben. Man verlangt nun die Aufrüstung der Anderen. Nun müßte man doch aber allmählich eingesehen haben, daß diese deutsche Forderung grundsätzlich von unseren ehemaligen Gegnern abgelehnt wird, weil sie das einfach für unmöglich halten.

Niemand in der Welt, außer in Deutschland, spricht von Aufrüstung. Nur in den deutschen Zeitungen kann man immer wieder eingehende Betrachtungen über die Notwendigkeit der Aufrüstung finden. Im gesamten Ausland ist man ganz anderer Ansicht, bis hinein zu den Linksparteien. Dort spricht man nur von aufrüsten, von Verstärkung der Sicherheiten, von kommen den Kriegen und von der Notwendigkeit, sich so stark wie möglich für den Kriegsfall zu machen.

Das Ausland versteht vielfach die Einstellung Deutschlands nicht und hält uns deshalb für gefährliche Betrüger, die immer wieder von einer Sache sprechen, die gar nicht möglich ist und die die größte Gefahr für die anderen Staaten bilden würde. In der englischen Arbeiterregierung ist nicht die geringste Neigung vorhanden, die Aufrüstungen einzustellen. In Frankreich stellt man fast die gesamten Kräfte des Staates in den Dienst der Aufrüstung, in Polen, in Rußland, in den Kleinstaaten, überall rüstet man. Es handelt sich also nicht mehr um die Frage der Aufrüstung, sondern nur noch um die der Aufrüstung. Es liegt nun nicht mehr im Interesse aller ehemaligen Gegner Deutschlands, daß wir vollständig

Das Neueste in Kürze

— Im Reichspostministerium sind die Vorschläge wegen Senkung der Postgebühren so weit gefördert, daß demnächst der Verwaltungsrat der Deutschen Reichspost mit der Vorlage befaßt werden wird.

— Der Reichsarbeitsminister hat die Allgemeinverbindlichkeit des für gewerbliche Arbeitnehmer im Kartoffelgroßhandel geltenden Tarifvertrages außer Kraft gesetzt.

— Wie die Reichstagsfraktion der Wirtschaftspartei mitteilt, hat die rechts- und staatswissenschaftliche Fakultät der Universität Marburg beschlossen, beim preussischen Kultusministerium die Wiederberufung des bisherigen Reichsjustizministers Prof. Dr. Bredt in seine alte Stelle zu beantragen.

— Der Schulkreuzer „Emden“ ist gestern unter dem Kommando des Regimentskapitäns Witt-hoeft mit 71 Mann Besatzung an Bord zu seiner einjährigen dritten Weltreise ausgelaufen.

— Wie der Norddeutsche Lloyd nach einer Kabelmeldung aus Colon mitteilt, ist der Dampfer „Ludwigshafen“ gestern um 9 Uhr in Balboa am westlichen Ausgang des Panamakanals eingetroffen. Das Feuer im Schiff ist so gut wie gelöscht, die Besatzung wohlauf.

— Während der letzten Tage war im ersten griechischen Armeekorps eine neue Bewegung unter den Offizieren wahrzunehmen. Dies hat zu zahlreichen Gerüchten Anlaß gegeben, wonach eine neue panalbanische Verschwörung aufgedeckt worden sei.

— In London ist gestern eine Goldsendung der Bank von Spanien im Betrage von einer Million Pfund Sterling eingetroffen. Es ist dies die zweite Goldsendung der spanischen Regierung zum Zwecke der Stabilisierung der spanischen Währung.

abgerüstet sind. Es zeichnen sich neue Entwicklungen am politischen Horizont ab, die es Deutschland ermöglichen, vielleicht in absehbarer Zeit auch seinerseits wieder eine Armee zu bilden, die einen Machtfaktor innerhalb der großen Politik darstellt.

Mit. Genf, 2. Dez. Von deutscher Seite ist jetzt beim vorbereitenden Abrüstungsausschuß ein Antrag eingelaufen, wodurch die Einberufung der Abrüstungskonferenz auf den 2. November 1931 festzusetzen sei. Der von Graf Bernstorff stammende Entwurf weist darauf hin, daß allgemein das Verlangen bestehe, daß die Abrüstungskonferenz sobald wie möglich einberufen werde. Der Völkerverbund hat nun bereits im Jahre 1926 den vorbereitenden Abrüstungsausschuß aufgefördert, ihm Vorschläge über die Einberufung der Konferenz zu machen. Im übrigen bejahte sich der vorbereitende Abrüstungsausschuß gestern mit dem Konventionstextur über die Abrüstung. Dieser wurde in zweiter Lesung beendet. Sämtliche Anträge und Vorschläge im Sinne einer wirklichen Abrüstung wurden abgelehnt.

In Völkerverbundskreisen wird angenommen, daß die Schließung des Ausschusses Anfang nächster Woche stattfinden dürfte.

Vor der Bildung des österreichischen Kabinetts.

Mit. Wien, 2. Dez. In parlamentarischen Kreisen spricht man bereits von der möglichen Zusammenlegung des neuen Kabinetts, das voraussichtlich im Laufe dieser Woche gebildet werden dürfte. Die provisorische Zusammenstellung dürfte folgende Namen aufweisen: Bundeskanzler Dr. Ender; Vizekanzler und Innenminister Schober; Handelsminister Feinl; Unterrichtsminister Tschernak; Außenminister Thaler; Seeresminister Vaugoin; Finanzminister Windler. Man nimmt an, daß der Posten des Justizministers an einen Großdeutschen fallen wird. Außerdem wird auch Prälat Dr. Seipel mit der Befragung des Außenministeriums in Verbindung gebracht. Für das Ministerium für soziale Verwaltung soll der christlichsoziale Nationalrat Dregel in Aussicht genommen sein.

Hochowasserhilfe auch für das Rheinland gefordert.

Mit. Berlin, 2. Dez. Die Reichstagsfraktion der Wirtschaftspartei hatte eine Entschließung eingebracht, nach der die Reichsregierung ersucht wird, die vom Haushaltsausschuß des Reichstages gefassten Beschlüsse über die Hochowasserkatastrophe in Schlesien nunmehr mit Ausnahme derjenigen Punkte, die auf das Dithmarschele Bezugs nehmen, auch auf die Rheinprovinz auszu-dehnen.

Preissenkung in Italien

Von unserem römischen Mitarbeiter:

Eine Aktion des faschistischen Staates pflegt allemal ihre grotesken Seiten zu haben; es raucht gewaltig im Blätterwald; alles dreht sich um die eine Achse, bis — ja bis wieder ein anderes Thema drankommt.

So hat man's nun schon so manchesmal erlebt. Nach diesem Schema warb man für den faschistischen Strohputz, den man wohl nur noch im Museum finden kann, auch fürs Reisessen, das tägliche Reisgericht, das den Getreideimport entlasten sollte, mit dem Erfolge, das heute die Weizenimporte alle Berechnungen über den Haufen wirft. ... Jedenfalls hat Italien in diesem Jahre, ganz gewiß wesentlich infolge der Unmöglichkeit der Witterung, eine schwere Niederlage in der Getreidepolitik erlitten, die da aufs neue beweist, daß auch das schönste System den Lannern der Naturkräfte unterworfen ist.

Es ist das Recht der gegenwärtigen Preissenkungsaktion, daß schon jenseitig anderes, das der Wirtschaft endlich auf die Beine helfen sollte, im Sande verkommen ist. Es donnert zwar gewaltig, aber es klingt nicht mehr recht echt, man hat so das Gefühl, als ob es sich um einen nicht einmal sehr geschickten inszenierten Theaterdonner handelte.

Etwas Reales ist immerhin zu verzeichnen, nämlich der sofortige Abbau der Gehälter aller öffentlichen Beamten- und Angestelltenkategorien um 12 v. H., in den höheren Befoldungsgruppen um mehr. Und es muß anerkannt werden, daß gleichzeitig der ernsthafte Versuch gemacht wird, auch die Preise für Lebensmittel und neuerdings auch die Mieten entsprechend herabzusetzen.

Das ist im Augenblick das Thema. Man kann sich außerhalb Italiens schwer einen Begriff davon machen, in welchem Umfange die Deffektivität davon bewegt wird. Die Zeitungen, die selber von 25 auf 20 Centimen, das heißt auf etwas über 4 Pfennig heruntergingen, sind in allen Teilen davon angefüllt. Artikel erwägen Notwendigkeit und Ausmaß, Provinz- und Ortsnachrichten teilen lokale Maßnahmen mit, und Anzeigen benutzen das aktuelle Thema für ihre Kellame.

Der schwerste Haken scheint beim Hausbesitz zu liegen. Der Reichsverband der Hausbesitzer hat sich zu einer Ermäßigung um 10 v. H. entschlossen. Auf den Druck von Korporationsminister hin blieb ihm wohl nichts anderes übrig. Im übrigen ist gerade auf diesem Gebiet nach der kürzlich in Kraft getretenen Aufhebung des Wohnungszwangsgesetzes und der Angleichung der Mietpreise für Altmietungen an die neueren Preisverhältnisse noch vieles im Unklaren.

Wenn auch mit den großen Verbänden generell verhandelt wird, so ist die Durchführung provinzial und örtlich sehr verschieden. Man scheint in Norditalien und insbesondere in Südtirol ganz besonders auf schnelle Preisentwertung bedacht zu sein. Dies hat zweifellos darin seinen

Grund, daß dort die Teuerung am fühlbarsten war, während namentlich in Südtirol vielfach außerordentlich viel niedrigere Preise gefordert wurden, daß andererseits gerade Südtirol durch seine hohen Preise den Fremdenverkehr (besonders aus Italien selbst) erschwerte und endlich nicht zum wenigsten auch darin, daß hier die Bevölkerung besser diszipliniert und deshalb leichter zu einer einheitlichen und organischen Senkungsaktion zu bewegen ist. Jedenfalls hat der Präfeld der Provinz Venedig, Marziani, ausdrücklich erklärt, daß die Regierung von diesem Gebiet die Probe erwarte, daß die Provinz Venedig als eine der wirtschaftlich unabhängigsten, arbeitsamsten und produktivsten des ganzen Reiches bekannt sei. Er war es auch, der im Auftrag der Regierung Strafmaßnahmen, Schließung der Geschäfte, Entziehung der Verkaufslizenzen, ja sogar Zwangsverschickung für widerstrebende Elemente in Aussicht stellte.

Die Gemeinden haben, wie gesagt, entschieden auf diese Parole reagiert. Aus einzelnen wird von ganz erheblichen Tarif- und Abgabensenkungen berichtet, so auf Lebensmittelkonsum, Wasser, Elektrizität und Gas, Senkungen aller Arten von Steuern, wobei es sich um 10—20 v. H. handelt. Metzgereien und freie Berufe kündigen Herabsetzungen ihrer Tarife an, die Advokaten hier und dort um 20 v. H. Aber den Kundigen ist eben dieser Eifer schließlich verdächtig. Wie, wenn nun doch die ganze Preisentwertung langsam aber so gut wie allseitig wieder durchlöchert wird, wenn sich jeder auf seine Art schädlos zu halten sucht, so gut es geht? Diese Diktatur hat eigentümliche Verhältnisse geschaffen: man jagt sich, um im nächsten Augenblick einen Ausweg zu suchen. Das Volk ist im Grunde zu widerstrebend, so weit es nicht aus Gewohnheit träge ist.

Das Korporationsministerium hat auf jeden Fall nun seine Feuerprobe zu bestehen. Zum erstenmal kann und muß es zeigen, wie weit sein Einfluß im gesamten Wirtschaftsleben reicht. Aber wer Italien kennt, ist mit seinem Urteil zurückhaltend.

Nach neueren Mitteilungen hat inzwischen auf Veranlassung Mussolinis und wie schon früher hinzugefügt wird, auf Grund einer „Bereinbarung“ zwischen Mussolini und den Vertretern der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbänden der Industrie, eine Verordnung Platz gegriffen, wonach vom 1. Dezember ab sämtliche Arbeiterlöhne um 8 Prozent und die Gehälter der Angestellten um 8—10 Prozent herabgesetzt werden. Bei dem Charakter der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände in Italien, die nichts anderes als ausführende Organe des Faschismus sind, handelt es sich hierbei um ein offenes Diktat. Man muß bei Betrachtung dieser Dinge und des Ausmaßes der Lohnsenkungen berücksichtigen, daß die Löhne und Gehälter in Italien ohnehin um vieles niedriger als bei uns in Deutschland liegen.

Kommune und Preissenkung

Ueberwindung der Arbeitslosigkeit. — Kommunale Interessen. — Deffentliche Maßnahmen.

Der Arbeitslosigkeit, dem Grundübel unserer schweren Zeit, müssen wir mit allen gegebenen Mitteln zu Leibe gehen. Sie kann eingedämmt werden durch eine Steigerung der Produktion. Diese ist zu erreichen durch eine Steigerung der Ausfuhr, die ihrerseits wieder bedingt ist durch eine Senkung unserer Preise.

Es liegt auf der Hand, daß die Kommunen ein besonders großes Interesse an einer Ueberwindung der Arbeitslosigkeit haben und infolgedessen bei der Durchführung von Maßnahmen, die zur Ueberwindung oder sogar zur Ueberwindung der Arbeitslosigkeit geeignet sind, nicht geruchsam zuschauen, sondern kräftig mit ansetzen. So auch hier.

Eine Reihe von kommunalen Verwaltungen, haben sich bereits energig in die Preisentwertungsaktion eingeschaltet. Der Oberbürgermeister von Köln hat eine Untersuchung über die Preisentwicklung und die Möglichkeit der Preisverbilligung lebenswichtiger Bedarfsgegenstände veranlaßt. Für Brennstoffe, Brot, Mehl und Kartoffeln ist diese bereits abgeschlossen. Es wurden beachtenswerte Feststellungen gemacht: Die Handelspreise zwischen Großhändler und Kleinhandelspreisen für Brot und Mehl ist danach von 4.50 im Jahre 1913 auf 12.80 M. im Jahre 1930 gestiegen. Aber auch für Brot- und Kartoffelpreise ergab die Untersuchung eine wesentliche Uebersteigerung der Handelspreise. In Duisburg wird die Stadtverwaltung eine starke Initiative in der Richtung entwickeln, daß auf alle irgendwie möglichen Preisentwertungen hingewiesen wird, der Preisabschlag aber dann freiwillig erfolgt. Zu diesem Zweck werden Besprechungen mit der Handelskammer, Einzelhandelsverbänden und anderen Verkaufsstellen und Konsumorganisationen stattfinden. Die Sofortmaßnahme der Stadtverwaltung soll sich auch dahin auswirken, daß der Preisrückgang der letzten Wochen und Monate festgehalten und verbreitet werden, damit Duisburg-Hamborn der Auf als billige Einkaufsstadt erhalten bleibe. Der Oberbürgermeister der Stadt Wuppertal hat ebenfalls Besprechungen mit den zuständigen Organisationen begonnen. In Potsdam und Nowawes haben eingehende Verhandlungen zwischen dem Polizeipräsidenten und den Magistraten, stattgefunden zur Erlangung von genauem statistischem Material über die zur Zeit angewandten Handels- und Verarbeitungspreisen im Lebensmittel- und Gebrauchsartikelmittel. Die dann festgestellten wirtschaftlich notwendigen Handels- und Verarbeitungspreisen für die jeweiligen Waren auf

dem Wege vom Erzeuger zum Verbraucher sollen der Verbraucherschaft zur eingehenden Aufklärung mitgeteilt werden. In Witten führten die Verhandlungen zwischen dem Bürgermeister und den Vertretern der verschiedenen Handelszweige zu dem Ergebnis, daß zunächst vergleichende Gegenüberstellungen von Friedenspreis, und Zeitpreis der einzelnen Warengattungen gemacht und der Verwaltung an die Hand gegeben werden, nicht zuletzt, um auch der Bevölkerung eigene Vergleichsschlüsse zu ermöglichen. Insbesondere wird die Verwaltung Gelegenheit nehmen, die Preisspanne im Milchhandel vergleichenden Erörterungen zu unterziehen. In Ober- und Niederriesen sind die öffentlichen Anregungen und Einwirkungen besonders richtig, wo sich außer den kommunalen Verwaltungen auch die Oberpräsidenten, Regierungspräsidenten und Landräte die Frage der Preisentwertung sehr am Herzen gelegen sein lassen.

Die Preisentwertungsaktion befindet sich noch im Anfangsstadium. Es ist zu erwarten, daß gerade eine energigleiche Mitwirkung der kommunalen Verwaltungen den Erfolg der Preispreissenkung erhöhen und beschleunigen wird. Allgemein wünschenswert wäre es, wenn die Ladeninhaber wieder verpflichtet würden, die Preise und die Gewichte für die wichtigsten Lebensmittel in einer Form an ihrem Verkaufsort zum Aushang zu bringen, daß sie von außen lesbar sind. Diese Vorschläge sind leider aufgehoben worden. Es steht zu hoffen, daß sie in der heutigen Zeit angepaßter und wohl auch auf alle notwendigen Lebensmittel und Gegenstände des täglichen Bedarfs ausgedehnter Form wieder erlassen wird.

Die Kommunen sollen sich aber nicht darauf beschränken, durch eine moralische und zwangsmäßige Einwirkung auf die Ladeninhaber eine Preisherabsetzung zu erzielen. Sie sollen vielmehr auch von sich aus die Selbstkosten der Produktion und des Handels verringern, indem sie Realsteuern und Tarife senken. Bei der Senkung der Realsteuern wird im nächsten Jahre das Reich den Kommunen fähig behilflich sein. 225 Millionen Mark sollen hierfür im Reichsetat zur Verfügung gestellt werden. Ob allerdings die Verteilung, Gas-, Wasser- und Stromtarife gekürzt werden können, hängt von den jeweiligen Verhältnissen der Kommunen ab, von ihren Einnahmen und ihren sonstigen Einnahmehemmnissen. Trotz der schwierigen Finanzlage sind jedoch auch hier und dort wertvolle Ansätze der Tarifentwertung schon festzustellen.

Müttererholungsfürsorge

Hieß das Thema, über das Frau Schumacher-Köhl auf der Karitastagung in Bonn sprach. Ihr Vortrag war von warmherzigem Karitatsgeist getragen. Recht spät erst hätte man die Notwendigkeit erkannt, den unter der Last ihrer Aufgaben zusammenbrechenden Müttern Körperkraft und Gesundheit, Lebensmut und -freude wiederzugeben, und zwar waren es gleich nach dem Kriege die christlichen Müttervereine, die die Mütternot erkannten und zur Hilfe schritten. In der Kölner Erzdiözese wurden 1921 als erstes Müttererholungsheim das in Rhöndorf errichtet, die Diözese Limburg folgte mit dem in Hofheim im Taunus, sehr viel später wurden andere Heime eröffnet. Die Müttererholungsfürsorge wird aber auch in Heimen für andere Zwecke durchgeführt. Die Finanzierung der Müttererholungsheime ursprünglich aus privaten Mitteln erfolgte, erst nach und nach konnten verhältnismäßig zahlreiche Geldquellen erschlossen werden; so hat die Provinzialverwaltung im vorigen Jahre die Unterbringung von 1783 Müttern mit Beihilfen unterstützt, und in diesem Jahre standen noch größere Mittel zur Verfügung. Die Provinz zahlt Zuschüsse für Mütter, die wenigstens vier Kinder unter 18 Jahren haben. An der Finanzierung beteiligten sich weiter die Krankenkassen, die Landesversicherungsanstalt, die Wohlfahrtsämter, die Kriegsgesundheitsfürsorge, die katholischen Frauen- und Müttervereine, der katholische Frauenbund, der in den letzten Jahren auch eine eigene organisierte Mütterfürsorge durchgeführt hat, die Caritasverbände und Pfarrgemeinden. Die Erziehung der Mütter, vor allem der kinderreichen, ist häufig außerordentlich groß, die meisten der in Betracht kommenden Frauen haben ja während ihrer ganzen Ehe noch nie eine Freizeit gehabt, der ihnen vermittelte Erholungsurlaub ist manchmal der erste, und zumeist auch der einzige in ihrem Leben. Und dennoch ist die größte Schwierigkeit, die Mütter selbst für den Erholungsurlaub geneigt zu machen, ihr Pflichtgefühl läßt sie sich nur schwer entschließen, ihre Familien auf Wochen zu verlassen, auch wenn sie die Gewähr haben, daß ihre Hausstände gut besorgt, ihre Kinder liebevoll betreut werden. So muß die erholungsbedürftige Mutter beeinflusst, muß für geeignete Pflege im Hause, für die Finanzierung des Erholungsurlaubes und häufig auch für Kleider und Wäsche gesorgt werden. Die Rednerin schilderte auf Grund der Verhältnisse im Rhöndorfer Heim, wie durch eine geeignete Betreuung, die auf die besonderen Anliegen liebevoll eingeht, die Mütter zunächst seelisch aufzurichten, bevor Ruhe und gute Ernährung sie auch körperlich zu kräftigen vermögen. So ist die Durchführung der Müttererholungsfürsorge nicht immer leicht, und sie bedarf besonders geschulter Kräfte, wenn sie Erfolg haben soll. Im Rhöndorfer Heim sind von 1921 dieses Jahres bis jetzt etwa 1200 Mütter betreut worden, 97 haben auch ihre Säuglinge mitgebracht, die aber von den Müttern nicht selbst gepflegt zu werden brauchen. Die Rednerin besprach ferner andere Arten der Müttererholungsfürsorge, sie ist aber der Meinung, daß die auf konfessioneller Grundlage durchgeführte die zweckmäßigste und für die Mütter selbst erfolgreichste ist. Darum dürfte dieses Gebiet der Fürsorge nie eine rein behördliche Angelegenheit werden, da die letzten seelischen Erfordernisse nur die freie Liebestätigkeit aufbringen kann.

An den Vortrag schloß sich eine sehr lebhaft

Rundgebung der kath. Frauen Gegen Bolschewismus und Nationalsozialismus.

Köln, 1. Dez. Die Gesamtvertretung der kath. Frauenorganisationen Kölns hatte alle katholischen Frauen aufgerufen, durch eine Rundgebung in der Großen Messehalle am gestrigen Abend von katholischer Frauengemeinschaft im Geisteskampf der Gegenwart Zeugnis abzulegen. In hellen Scharen waren die Katholikinnen aller Stände und jeden Alters diesem Rufe gefolgt und füllten die Sitzreihen der großen Halle. Unter Musikklängen zogen mit Bannern und Wimpeln die Abordnungen der katholischen Frauen- und Jungmädchensorganisationen ein. Ministerialrätin Dr. Helene Weber zeigte in ihren Ausführungen über: „Die katholische Frau und die revolutionären Bewegungen unserer Zeit“ die Forderung des Bolschewismus und des Nationalsozialismus, um beiden machtvoll die Abfuhr der katholischen Frauen zu geben und deren eigene Aufgaben in der Gegenwart dann in ihrer ganzen Wucht und opferbereiten Schwere darzutun.

Unterstützt die Bauern eurer Heimat!
Bevorzugt deutsche Ware!
Eßt rheinisches Gemüse u. Kartoffeln!



Geheimnisvolle Vorgänge in Moskau

Mosk., 1. Dez. Ein mit den politischen und wirtschaftlichen Verhältnissen durchaus vertrauter russischer Beamter, der in Paris eingetroffen ist, gibt in einem dortigen Blatte eine eingehende Darlegung der wirklichen Vorgänge in Moskau, und insbesondere in Moskau. Er erklärt, daß über die jüngsten Ereignisse in Moskau sehr viele sensationelle und teilweise widersprechenden Meldungen verbreitet wurden, sodaß man bisher nicht wußte, wo die Wahrheit aufhöre und die Phantasie beginne. Tatsache sei jedenfalls, daß in Moskau eine politische Krise besteht, als Folge der wirtschaftlichen Schwierigkeiten, aber diese politische Krise wird auf den Kreis der führenden Männer beschränkt. Der Vorschlag des vielgenannten Fünfjahresplanes läßt sich nicht mehr verwirklichen und es ist klar, daß die Unzufriedenheit sich zunächst gegen Stalin, als der Seele des Unternehmens ausdrückt. Der Diktator befindet sich im Widerstreit mit drei großen Gruppen, von denen die erste eine radikale Umgestaltung der wirtschaftlichen und finanziellen Maßnahmen fordert. Die zweite Gruppe verlangt eine vollständige Ueberwindung der politischen Richtlinien, während die dritte Gruppe durchaus revolutionären Charakters ist. Letztere fordert nichts weniger als die vollständige Ueberwindung des gegenwärtigen Regimes und ihre Ersetzung durch ein Regierungssystem auf demokratischer Grundlage. Was die Rolle des Kriegskommissars Worosilow anbelangt, so bildet dieser eine ständige Bedrohung für Stalin. Er legt Stalin die ständig zunehmende Unzufriedenheit des Heeres nahe, bei dem sich der Mangel an Brot und Fleisch immer stärker bemerkbar mache. Außerdem ließe er durchblicken, daß sich demnächst ein Aufstand der Bauern und Arbeiter vollziehen werde, nachdem schon in Odessa, Tiflis, und Kiew ernsthaft Unruhen ausgebrochen waren. Mit der Drohung, daß, wenn Stalin seinen Willen nicht erfülle, er zurücktrete und morgen die Armee gegen den Krenl marschieren werde, erreichte er von Stalin die Befreiung der von ihm bezeichneten Gefangenen. Es kam zu einem Kompromiß, mit dem sich das Zentralkomitee auf dem bevorstehenden Kongress beschäftigen dürfte. Der Berichterstatter erklärte zum Schluß, daß die Lage jedenfalls äußerst schwierig bleibe und daß in der Tat und Flotte sich bereits Teilnahmen bemerkbar machten, die jedoch unterdrückt werden könnten. Hinsichtlich des großen Prozesses in Moskau erklärte er, daß es sich hierbei lediglich um eine Art Schaustellung handele, um die Aufmerksamkeit von der wirklichen Krise abzulenken. Der Prozeß sollte ursprünglich im Januar stattfinden, wurde jedoch wegen des Ernstes der Lage bereits jetzt angelegt.

Der deutsche Kaufmann in Asien und Australien.

D.A.Z. Die Oktober-Ausgabe der Zeitschrift des deutschen Handelsgehilfenverbandes, „Der Deutsche Kaufmann im Ausland“ (Hamburg), verdient als Sonderheft „Asien-Australien“ besondere Beachtung. Das Heft will, wie es im Vorwort heißt, dem auswanderungswilligen Kollegen das unbedingt Wissenswerte sagen und dabei gleichzeitig ein Spiegelbild deutschen Berufslebens in jenen Ländergebieten sein. Diese Ausgabe ist in vorbildlicher Weise erfüllt worden. Aus seinem reichhaltigen Inhalt seien die Aufsätze erwähnt: „Der Osten früher und heute“ von Helfferich-Hamburg (eine knappe, treffende Kennzeichnung des kaufmännischen Stellenmarktes), „Das Auslandsdeutschtum in Asien“ von Will-Mittona, „China“ von einem Mitglied und „Was der junge Kaufmann über Indien wissen will“ von Müller-Kalkutta. Ihnen gleichwertig ist der „Länderbericht Asien und Australien“, der in knapper, übersichtlicher Form über Preis-, Gehaltsverhältnisse usw. in den einzelnen Ländern unterrichtet.

Prinzessin Juliane.

Die holländische Thronerbin Prinzessin Juliane, ist im ganzen Land als eine quickelebige und intelligente Dame bekannt. Auf der Universität hatte sie mehrere Fächer belegt, die sie mit großem Eifer studierte und die ihr bei ihrer künftigen Herrschertätigkeit sicher von Nutzen sein können.

Aus den Vorlesungen, die sie besuchte, erzählt man sich folgendes Beispiel ihrer Schlagfertigkeit. Ein junger Student, der auf der Bank hinter ihr saß, flüsterte seinen Kollegen eine Bemerkung zu, daß die Fuß-Fesseln der Prinzessin eigentlich recht stramm und solide seien. Der Student hatte jedoch ein bißchen laut gesprochen, und die Prinzessin hatte es gehört. Sie wandte sich schnell um und flüsterte ebenso hörbar: „Die sollen auch solide sein, denn — auf ihnen wird ja das Haus Nassau stehen.“

J. Zavelberg

Grosse Vorräte

in sämtlichen

einschlägigen Artikeln

Ausgedehnte Kulturen

Besuch sehr lohnend

Katalog auf Wunsch frei zu Diensten

Sind ernste Mahnung

des Kardinals von Köln.

Kardinal Schulte, Erzbischof von Köln und apostolischer Administrator von Aachen, erläßt im kirchlichen Amtsanzeiger eine sehr ernste Zeitmahnung. Er schreibt u. a.: Der bevorstehende Winter läßt sich sorgenvoll an, sorgenvoller fast, als je ein Winter nach dem Weltkrieg. Überall, wohin der Blick sich wendet, trifft er auf Elend und Armut, auf Erwerbs- und Arbeitslosigkeit. Unheimlich wiederholten sich in diesem Jahre Natur- und Industriefatastrophen, die Tausenden und Abertausenden von Menschen den Tod oder Siechtum brachten. Dazu herrscht unter den Völkern der Erde nichts als Mißgunst und Mißtrauen, und auch in unserem eigenen leiderfüllten Volk hat man die alte Wahrheit vergessen: „Friede ernährt, Unfriede verzehrt.“ Der Kardinal mahnt dann, sich aber nicht auf unfruchtbares Klagen über die Weltübel oder die schlechten Zeiten zu verlegen, sondern vielmehr in christlicher Nächstenliebe nach Möglichkeit zu helfen. „Erbarnt euch“, fährt der Kardinal fort, „in diesem Winter eurer notleidenden Mitbürger und Mitbürgerinnen! Stellt euch meinen priesterlichen Mitarbeitern, euren Seelsorgern und den von ihnen betreuten Caritasausstüßlingen, auch den Vereinigungen, die den persönlichen Liebesdienst auszuüben pflegen, wie den Bingen- und Elisabethvereinen, zur Verfügung, um mit ihnen möglichst planvoll die drückende und verbreitete Not in kommenden Wochen und Monaten zu lindern.“

Dann sagt der Kardinal folgendes sehr ernste Wort:

„Ebenso wichtig, fast noch wichtiger als Mitbeteiligung erscheint mir heutzutage die stille und ständige Rücksichtnahme auf die große Volksnot durch die Art eurer Lebenshaltung.“ „Erbittert den Armen in seiner Armut nicht!“ heißt eine ernste Mahnung und Warnung in der heiligen Schrift. Wo so viele Herzen weh und wund sind, wo so viele eurer Mitbürger, vielleicht in eurer unmittelbaren Nähe frieren und darben, da wollt ihr, weil ihr bis heute von der Not verschont geblieben seid, doch gewiß nicht in gedankenloser Eigenliebe den Vergnügen nachjagen, und dafür Geld vergeuden. Ueberhaupt ist es für alle höchste Zeit, sich auf das Notwendige zu beschränken und große Einfachheit und Sparlichkeit walten zu lassen. Es gilt dies auch — ich muß es sagen — für unsere Vereine, in denen festliche und mit Kostenaufwand verbundene Veranstaltungen nachgerade zu häufig geworden sind. Mit Vereinsjubilation wegen mehrjähriger Bestehens und mit überflüssigen Stiftungsfesten kann man sich höchstens von dem ersten hohen Ziel der katholischen Aktion entfernen. Für Frieden u. Zufriedenheit ist in Tagen allgemeiner Not nichts so entscheidend als das eigene Beispiel.“

Landesökonomierat Vollig

Samstag nachmittag starb, wie gestern bereits kurz gemeldet, plötzlich infolge eines Schlaganfalles, während er im Hotel Erzessor in Köln eine Sitzung des Landwirtschaftlichen Beirates der Rheinischen Zentrumsparlei leitete, der verdiente rheinische Bauernführer, Landesökonomierat Vollig. Er ist 67 Jahre alt geworden.

Mit ihm scheidet ein kluger, weitblickender, vornehmer Charakter aus dem großen Freundeskreis des Rheinischen Zentrums. Vollig war ein Zentrumsmann von bestem Geblüt. Obwohl er seit Jahrzehnten an führender Stelle der landwirtschaftlichen Berufsorganisation stand, war er niemals einseitiger berufsständischer Politiker. Er erkannte mit seinem ruhigen und streng sachlich wägenden Urteil die staatspolitische Zusammengehörigkeit aller Stände. Als der Rheinische Bauernverein im Jahre 1929 ein Zusammengehen mit dem östlichen Landbund plante, lehnte Vollig diese Tendenz zur Radikalisierung der rheinischen Landwirtschaft ab, trat von seinen Vätern im Bauernverein zurück und schrieb dem Vorhaben einen öffentlichen bekannt gemachten Brief über seine Auffassung von der rechten Bauernpolitik. Diese mannhaft, überzeugungsgetreue Haltung erwarb ihm neue Sympathien nicht nur bei seinen Freunden von der Landwirtschaft, sondern auch in den anderen berufsständischen Gruppen. Der Zentrumspartei leistete sein klares, immer wohlüberlegtes Urteil viele große Verdienste. Vollig war 2. Vorsitzender der Rheinischen Zentrumspartei, Vorsitzender des Landwirtschaftlichen Beirates des Zentrums, lange Jahre Mitglied des Provinziallandtages und seit 1908 Kölner Stadtverordneter. Die Akte, die der jähle Tod dieses vortrefflichen Mannes riß, wird nicht leicht auszufüllen sein.

Wieviel Katholiken gibt es?

Nach dem in der Vatikanischen Stadt soeben erschienenen „Atlas Hierarchicus“, der die Ergebnisse der Ende des Jahres 1929 vorgenommenen Zählung der Katholiken umfaßt, beträgt die Gesamtzahl der Katholiken in der Welt über 341 Millionen Köpfe. Diese Gesamtzahl verteilt sich wie folgt auf die verschiedenen Erdteile: Europa 208 882 000, Amerika 109 097 000, Asien 16 536 900, Afrika 5 330 000, Australien 1 585 000. Danach beträgt die Gesamtsumme 341 430 000.

Brühl und Umgebung

Brühl, den 2. Dezember 1930.

Dezember

— Ist Der unangenehme November ist zu Ende. Unabsehbare Regenfälle und Sturmtage waren ihm zu eigen. Und nun ist nach diesem mit mehr oder weniger Verechtigung als unbeliebt verschrieenen Monat einer der beliebtesten ins Land gekommen. Der Dezember ist da, der Christmonat, der in hohem Ansehen steht bei alt und jung. Er bringt besondere Freude für die Kinder und all diejenigen, die sich noch einen Rest des kindlichen Gemütes bewahrt haben. Monat des Advents — des Nikolaustages — des Festes aller Feste, der lieblichen Weihnacht! Die Nähe des Festes wird langsam fühlbar und heiße Wünsche steigen bei manchen auf. — Nach dem Mai gibt es keinen Monat, der so viel besungen wird, wie der Dezember. Ob mit oder ohne Grund, mag dahingestellt bleiben; denn in den letzten Jahren hat man im Dezember ebenso wenig winterliche Reize gefunden, als im Mai die Frühlingssonne. Und das gehört doch zum letzten Monat des Jahres: leuchtend weißer Schnee über Baum und Strauch (natürlich muß er liegen bleiben) oder silbern glänzender Reif, wie er heute morgen auf den Dächern und im Park zu bewundern war. Draußen liegt alles im Winterschlaf. Die armen Vögel haben ihre hungrige Zeit; sehr selten erklingt ein Ruf von ihnen. — Das Jahr neigt sich seinem Ende zu. Wie schnell die Zeit vergeht, sagt man so oft. Bieleicht meist sehr gedankenlos. Und doch steht so sehr viel ernste, bittere Wahrheit in diesem Sab. Ein Jahr weiter von der unbeforgten Jugend fort — ein Jahr näher hin zum Grabe.

!!! Kartell der christlichen Gewerkschaften von Brühl und Umgebung. Heute abend 7 Uhr findet im Lokale Griesberg eine Kartell-Vorstands- und Delegierten-Sitzung statt.

!! Verbindung von Bauarbeiten. Die Stadtverwaltung hat für den Neubau zweier Wohnhausgruppen an der Straße „Zum Donnerbach“ Innenarbeiten auf dem Verbindungswege zu vergeben. Siehe Bekanntmachung.

.. Eine Schlägerei entstand gestern in einer Wirtschaft an der Lützstraße. Als einer der Streithähne, der aus dem Lokal gewiesen worden war, immer wieder verjagte, in die Wirtschaft einzudringen, wurde die Polizei geholt. Der Polizeibeamte wurde von den Streitenden verschiedentlich angegriffen, jedoch gelang es ihm, die Angreifer von sich abzuwehren. Aber auch auf der Straße ließen die Durschen nicht locker. Als der Beamte sich in Notwehr sah, machte er von seiner Schußwaffe Gebrauch. Daraufhin kam ein zweiter Beamter, mit dessen Hilfe dann die beiden Kaufstüßigen in Polizeigewahrsam genommen werden konnten.

?? Zugelaufen ist ein brauner Dadel, der bei der Polizeiverwaltung Brühl-Stadt, Zimmer 4, abgeholt werden kann.

)(Gründungsverammlung der Ortsgruppe Brühl des Bundes Königin Luise. Am 28. 11. hat sich in einer im Hotel Belvedere stattgefundenen, vollständigsten Versammlung die Ortsgruppe des Bundes Königin Luise Bundes gegründet. Der Führer der Brühler Stahlhelmorganisation Frhr. v. Elvenich sprach die Begrüßungsrede. Darauf hielt die Landesverbandsführerin Frau Jaeger-Essen die Rede. Wie tief sie die Herzen ihrer Zuhörer erschütterte mit ihrem Weckruf für deutsche Freiheit, deutsche Tugend und deutschen Glauben, das läßt sich nachträglich nicht beschreiben, das mußte miterlebt werden. Als die Rednerin enden wollte, wurde sie spontan von der Zuhörerschaft gebeten, noch mehr zu sprechen. Zahlreiche Eintragungen in die Mitgliederlisten waren der beste Beweis für den Erfolg ihrer Worte. Das feierliche Bundesfest, das in jeder der unzähligen Bundesversammlungen im weiten Deutschen Reich erklingt, bildete auch hier den Abschluß des Abends, der jedem Teilnehmer die klare Erkenntnis über die Ziele des Bundes Königin Luise vermittelt hat. Der Bund setzt sich ein für die Erhaltung deutscher Art und deutscher Sitte. Er sucht die Kraft des Verstandes unter den verschiedenen Volksgemeinschaften zu entwickeln und zu einer wahren Volksgemeinschaft aufzubauen. Seine Ziele sind die Heranbildung echter deutscher Frauen und Mütter und die Erziehung einer gottesfürchtigen, pflichttreuen und verantwortungsbewußten Volksgemeinschaft. In dieser Zielsetzung, die die Wohltätigkeit erst in zweiter Linie stellt, unterscheidet sich der Königin Luise Bund wesentlich von den übrigen Frauenvereinen. Er ist geboren aus deutscher Not nach 1918, er sucht in der deutschen Frau die Hüterin der deutschen Seele und des durch Rasse und Empfinden vererbten Volksguts. Der Bund steht auf christl. Grundlage über Konfessionen und Parteien. Kameradinnen vom Königin Luise Bund sind Kämpferinnen über Standesunterschied geeint in dem Wunsche, Wiederaufbauarbeit zu leisten am deutschen Volk und der deutschen Volkseele. Die nächste Versammlung der jungen Brühler Ortsgruppe findet am 16. 12. 8 Uhr im Hotel Belvedere statt; auch zu dieser Versammlung lädt die Ortsgruppe alle deutschgesinnten Frauen und Mädchen von Brühl und Umgebung herzlich ein.

)(Vingsdorf. Die Theatergesellschaft 1906 trat am Sonntagabend im Vingsdorfer Hof mit einer Aufführung an die Öffentlichkeit. Die trotz schlechter Wirtschaftslage und anderer Veranstaltungen zahlreich erschienenen Zuschauer gaben einen Beweis von der Beliebtheit der Gesellschaft. Sie konnten sich bei der Vorstellung der „Virtusreiterin“ von der immer noch vorhandenen Spielfreudigkeit der Mitglieder überzeugen. Mit großem Interesse folgten alle Anwesenden dem Spiel, das davon Zeugnis gab, daß das Können der Gesellschaft nach wie vor ungebrochen besteht. Den weiteren Veranstaltungen, die unter neuer Leitung, in ernsthafter Arbeit zielbewußt aufgebaut werden, darf man mit Spannung entgegensehen.

m Vöchem. Familienabend. Der Männergesangsverein „Cäcilia“ hatte für Sonntag zu einem Familienabend bei Krämer eingeladen. Der Verein veranstaltete im ersten Teil einen humoristischen Gesangwettbewerb, wobei der „Dorzer Edelroller“ den höchsten Ehrenpreis errang. Die „Preise“, bestehend aus warmen Wärschen, Zigarren, Cognac und einem Fäßchen Bier wurden von den Sängern mit Jubel entgegengenommen. Nach dem Vortrag einiger Gesangstücke kam dann erst recht der Humor zur Geltung. In Singspielen, Duetten, Soloszenen ernteten die Darsteller reichsten Beifall. Eine nicht abgeholte Martinsgans wurde zum Besten der Kirchenheizung auf amerikanische Weise verfeuert und erbrachte achtundachtzig Mark. Weihnachten ist am 2. Feiertage auch ein Konzert geplant.

.. Seide: Der Theaterverein „Nimik“ probt zum 1. Theaterabend am Sonntag, 7. Dezember, im Saale Besselmann. Als Hauptstück bringt der Verein, das von dem vollständigen Schriftsteller Friedrich Gerstäcker geschriebene Werk „Die Braut des Wilderers“ Drama in 4 Akten. Die natürliche Handlung und die eifrigen Spieler bürgen für einen genussreichen Abend. Umrahmt von Liedern, Couplets und Duetten wird im 2. Teil des Programms die urbarische Spitzbuben-Operette „Der Willen-justau“ die Nachmusik in Tätigkeit bringen. Die musikalische Leitung: Julius Seiner, sowie die Spielleitung: Jos. Blasmaier garantieren einem jeden Besucher eine abwechslungsreiche, inhaltsreiche Theaterabend. Ausführliches Programm erscheint in dieser Zeitung. Der Theaterverein „Nimik“ bittet um geneigten Zuspruch.

Stadtverordnetenversammlung.

= Brühl, 2. Dezember 1930.

Die gestrige Stadtverordneten-Sitzung befaßte sich zu Beginn derselben mit dem Ankauf der Brühler Hütte. Die f. 3. von der Stadt käuflich erworbene Brühler Glashütte, die später in das Eigentum der Firma Breuer überging, um dort ein Walzwerk zu errichten, ist abermals Eigentum der Stadt geworden. Infolge Zahlungsschwierigkeiten einer Bank geriet die genannte Firma in Konkurs. In dem Versteigerungstermin bot die Stadt ihre auf dem Grundstück lastende Hypothek in Höhe von 150 000 RM aus und wurde somit wieder Eigentümerin des Grundstücks mit den aufstehenden Gebäulichkeiten. Das Gelände ist 14 Morgen groß. Auf demselben befinden sich das Verwaltungsgebäude mit 24 ausgebauten Arbeiter- und Angestelltenwohnungen, eine 50 Meter lange und 32 Meter breite Fabrikhalle, woran sich noch geräumige Pack- u. Sortierhallen schließen. Der neuerdings festgesetzte Katasterwert beträgt 25 000 RM. Die Vorlage wurde angenommen. Der Vorsitzende hat die Versammlung zu überlegen, was mit dem Gebäude geschehen soll. Er würde in den nächsten Wochen auch einen Vorschlag machen.

Punkt 2: Bau von Regenwasserkanälen zur Entlastung des Jauchkanals. Da verschiedene Straßen noch nicht mit Regenwasserkanälen versehen sind, so soll diese Arbeit nunmehr vorgenommen werden, wobei besonders ins Auge gefaßt ist der Erwerbslosigkeit zu steuern. Für die Ausführung dieser Arbeiten soll eine Anleihe von 300 000 RM aufgenommen werden. Die Gesamtkosten werden sich auf 45 000 RM belaufen. Nach den nötigen Aufklärungen durch Stadtbaumeister Grenell wurde die Vorlage fast ohne Erörterung angenommen. Stadtb. Ramm (Sog.) regt bei dieser Gelegenheit an, die Bergstraße, welche sich in einem schlechten Zustand befindet, wenigstens in etwa auszubessern. Da die genannte Straße vom Kreis als Umgehungsstraße vorgesehen ist, so wird der Vorsitzende die Anregung nachprüfen.

Außerhalb der Tagesordnung kommt dann Bürgermeister Greerichs auf die Eingemeindungsfrage zu sprechen, um verschiedene unrichtige Zeitungs-meldungen in dieser Beziehung richtig zu stellen. Es würde darin u. a. gesagt, man hätte sich bei dieser Angelegenheit gewonnen und wir seien wie die Rache um den heißen Brei gegangen. Gerade das Gegenteil sei der Fall gewesen. Die Versammlung habe klipp und klare Sprache geführt ohne jede Zweideutigkeit. Deshalb habe die Verwaltung unterm 10. Oktober folgendes Schreiben an den Landrat

„Bei der mit Schreiben vom 19. September 1930 übermittelten Beschlussefassung der Stadtverordnetenversammlung vom 8. September 1930 stimmte die Stadtverordnetenversammlung der Eingliederung d. Gemeinden Badarf, Berzdorf, Bierberg, Schwadorf und Vochem zu. Sie ging dabei von der Voraussetzung aus, daß keiner Gemeinde besondere Rechte oder Vorteile zugesprochen seien, daß die Eingliederung ohne Aufstellung von Sonderwünschen durch die eine oder andere Seite erfolgen müsse. Zu den von den Gemeinden des Amtes Brühl-Land aufgestellten Wünschen und Anträgen muß grundsätzlich bemerkt werden, daß eine Berücksichtigung der Wünsche pp. soweit sie sich finanziell auswirken, aus grundsätzlichen Erwägungen nicht in Frage kommen kann. Zu den allgemeinen Bedürfnissen, der durch die Eingliederung vergrößerten Stadt Brühl müssen sämtliche Gemeinden bzw. Einwohner in gleicher Weise beitragen. Vom Zeitpunkt der erfolgten Eingliederung an sind allgemeine Bedürfnisse auch solche der eingegliederten Bezirke. Es ist nicht mehr als recht und billig, daß innerhalb ein und derselben Gemeinde von den Steuerpflichtigen zu gleichen Teilen zur Befriedigung dieser Bedürfnisse beigetragen wird. Es kann daher grundsätzlich nur eine einheitliche Behandlung bezgl. Steuern, Gebühren, Beiträge, Preis des elektrischen Stromes in Frage kommen. Und das um so mehr, da die Steuerjahre in Brühl sicherlich niedriger sind als in irgend einer der einzugliedernden Gemeinden. Dieses vorausgeschickt, ist zu den Wünschen pp. im einzelnen zu bemerken.“

Punkt 3: Abnahme der Jahresrechnung für 1928. Beigeordneter Trohn erstattete den ausführlichen Bericht über die von ihm und den Beigeordneten Rörig und Ramm vorgenommene Prüfung. Der Bericht ließ an Genauigkeit und Korrektheit nichts zu wünschen übrig und der Vorsitzende nahm Veranlassung, den genannten Herren für ihre Arbeit öffentlichen Dank zu sagen. Dem Rentmeister Sauer wurde Entlassung erteilt.

Punkt 4: Antrag der Ortsgruppe Brühl des Bundes Deutschland auf Bewilligung einer Beihilfe. Die Vorlage wurde mit Mehrheit angenommen.

Punkt 5: Genehmigung einer Staatsüberfretung. Die Überfretung wurde genehmigt.

Sodann regte der Vorsitzende wieder außer der Tagesordnung die Frage an, was in Zukunft mit der Apfelweide geschehen soll. Bis jetzt sei dieselbe immer als solche verpachtet gewesen und die Verwaltung habe dabei viele Schwierigkeiten gehabt. Nach kurzer Aussprache wurde mit 10 gegen 8 Stimmen bei 3 Stimmenthaltungen beschlossen, die dortigen Bäume zu fällen und den Boden als Ackerland zu verpachten.

Der letzte Punkt der Tagesordnung betr. Veränderung eines Grundstücks an der Bergmannsriedung wurde in geheimer Sitzung beraten.

Steuerterminkalender für Dezember

5. Dezember: Lohnabzug für die Zeit vom 16. bis 30. November; keine Schonfrist.

10. Dezember: Anmeldung und Zahlung der Einkommenssteuer für November im Verrechnungsverfahren; keine Schonfrist.

15. Dezember: Grundvermögenssteuer mit Zuschlägen für Monatszahler; Hauszinssteuer; Lohnsummensteuer.

20. Dezember: Lohnabzug für die Zeit vom 1. bis 15. Dezember; keine Schonfrist.

Deutschlands kleinstes Theater.

Seit dem Frühjahr dieses Jahres besitzt Thüringen eine neue Goethe-Gedenkstätte: Das Großschloßberger Theater, vom Volksmund einfach das „Goethe-theater“ genannt. Der Generalintendant des Weimarer Nationaltheaters, Franz Ullrich, entdeckte das kleine Theater im Park des Schlosses von Großschloßberg, einem zwischen Rudolstadt und Blankenhain gelegenen Dörfchen. Das Theater wurde von dem Schloßherrn Carl von Stein, einem Bruder des Goethefreundes Frh. von Stein, nach dem Muster des Königlich Hauses in Weimar aus Sandstein errichtet. Es besitzt eine regelrechte Bühne mit allem Zubehör und einem Orchesterraum. Mit seinen 80 Sitzplätzen ist es wohl das kleinste Theater, das in Deutschland existiert.

Sport

D.R. Bez. Vorgebirge. „Sparta“ Berzdorf — „Arminia“ Seide 8:0. Am Sonntag trafen sich Sparta Berzdorf und Arminia Seide zu einem Freundschaftsspiel in Berzdorf, das von Sparta überlegen gewonnen wurde. Seide fand sich auf dem nassen Platz überhaupt nicht zurecht, dafür spielte Berzdorf in guter Form und nur so kann man sich das Torverhältnis erklären. — Der Schiedsrichter war ruhig und sicher.

Waldorf — Vingsdorf (Bez.-Klasse) 4:0 (1:0). Dieses Spiel verlief im Ganzen ruhig. Man konnte während des Spielverlaufs eine Überlegenheit der Waldorfer bemerken. Vingsdorf erreichte einige Durchbrüche, die jedoch nicht ins Tor gehen, da Waldorfs Hintermannschaft dieses verhielt. Ein Torrentor wäre den mutigen Vingsdorfern doch zu gönnen gewesen. Von Vingsdorf ragte der Torkeeper durch sein mutiges Eingreifen hervor.

Moderne Messing-, Metall-, Buntlack-Weißlack-, Eichen-, Nußbaum-, Birken-

BETTEN-KRALL

Köln, Mühlenbach 12
Geogründet 1878.

Obst- und Gemüseversteigerung

Bischofsheim, 1. Dez. Auf der heutigen Gemüse- und Obstversteigerung wurden für 1. Beschaffenheit folgende Preise (in Mark) erzielt: Je 100 Pfund Sommerfrucht 5-5,50, Feldsalat 8,20-11, Wirbling grün 1,10-1,60, Rottkohl 1,90-2,20, Rosenkohl 11-14,20, Grünkohl 1-1,40, Zwiebeln 2,80-3,30, rote Möhren 1,10-2,30, rote Bete 2,10-2,20, Birnen 36; je 100 Bund Suppengrün 0,70-1, Petersilie 1,40-3,10; je 100 Stück Sellerie 10-17, Porree 1-2, Endivien 2,50-5,70, Schwarzwurzeln 20-21,50, Kohlrabi blau 2,40-2,60, Rettich 1,50-2,40. Nächste Versteigerung 3. Dezember.

Obst- und Gemüseversteigerung Vorgebirge.

Noisdorf, 1. Dez. Die heutige Anfuhr befriedigte allgemein, soweit es sich um Gemüse handelte, unter dem Rosenkohl die erste Stelle einnahm. Singsen fehlte es an Obst, das nur in geringen Mengen angeboten war. Die Nachfrage war gut, und die vorhandenen Bestände waren schnell vergriffen, so daß der Bedarf nicht voll gedeckt werden konnte. Die Preisgestaltung war fest und brachte eine leichte Steigerung mit sich. Es kosteten je nach Sortierung: Tomaten 15,20-18, Treibgurken 40-50, Blumenkohl 7-30,50, Krauskohl 2,30, Rosenkohl 12-15, Schwarzwurzeln 7-10, Spinat 2,90-3,20, Endivien 5,60, Feldsalat 11, Sellerie 4-12,40, weiße Rüben 1,80, Chrysanthenen 11. Versteigerung Montags und Donnerstags ab 13,30 Uhr.

Immer weiße Zähne

Ich möchte Ihnen mitteilen, daß wir schon über 15 Jahre die Zahnpaste Chlorodont benutzen. Noch nie hat sie uns enttäuscht! Wir hatten immer weiße Zähne und einen angenehmen Geschmack im Munde, umso mehr, da wir schon längere Zeit das Chlorodont-Wundwasser benutzen. Auch benutzt die ganze Familie nur Chlorodont-Zahnpastentuben. G. C. Schubert, Friseur, 60 Pf. und 1 Mk., und weiße jeden Erfolg dafür zurück. Vortragsvorteil!

Das Urteil im Frenzelprozeß.

Ein Jahr zwei Monate Zuchthaus.

Mit. Potsdam, 2. Dez. Am Montagabend wurde nach etwa einmonatiger Prozeßdauer das Urteil in dem Verfahren gegen den Amtsvorsteher Frenzel gefällt. Die Entscheidung der ersten Instanz, wonach Frenzel zu einem Jahr sechs Monaten Zuchthaus sowie drei Jahren Ehrverlust verurteilt wurde, wurde in dem neuen Urteilspruch dahin abgeändert, daß der Angeklagte wegen Unterschlagung in Tateinheit mit Verbrechen gegen Paragr. 176 Abs. 3 des Str.

G. B. zu einem Jahr zwei Monaten Zuchthaus verurteilt wird. Außerdem wurden ihm die Ehrenrechte auf drei Jahre abgesprochen.

Reichshandwerkswoche

15.-22. März 1931.

Die Handwerkskammer Köln schreibt uns: Die Vorstände des Reichsverbandes des deutschen Handwerks und des Deutschen Handwerks- und Gewerbetages haben in einer gemeinschaftlichen Sitzung beschlossen, in der Zeit vom 15. bis 22. März 1931 eine Werbewoche für das Handwerk un-

ter der Bezeichnung „Reichshandwerkswoche“ zu veranstalten. Die vorbereitenden Arbeiten hierzu sind in Angriff genommen; über ihren Fortgang wird regelmäßig berichtet werden. Angesichts des Mangels an Aufträgen im Handwerk wird man den Bemühungen nur Erfolg wünschen können.

Westdeutscher Rundfunk.

Mittwoch, den 3. Dezember 1930.

6.45-7.00 Leibesübungen. — 7.00-8.00 Morgensonnt. — 8.00-8.30 Mutter und Kind. — 9.00 bis 9.25 Deutscher Schulfunk. — 10.30 Erste Meldungen, Amtliche Wasserstandsmeldungen und Zeitangabe. — 10.40-10.55 Schallplattenkonzert mit Funkwerbung. — 11.20-12.00 Musikalischer Schulfunk. — 12.10 Schallplattenkonzert. — 12.50 Wetterbericht. — 13.05-14.30 Mittagstanz. — 15.30 Wirtschaftsmeldungen. — 15.50-16.20 Kinderstunde. — 16.20-16.45 Frauenstunde. — 16.45 bis 17.15 Was will ich werden? — 17.15-18.15 Vesperkonzert. — 18.15-18.35 Aus Recht und Praxis der Wohlfahrtspflege. — 18.40-19.00 Die Welt im Buch. — 19.00 Wetterbericht, Zeitangabe, Wirtschaftsmeldungen und Sportvorbericht. — 19.15-19.25 Vom Tage. — 19.25-19.45 Der westdeutsche Arbeitsmann. — 19.45-20.40 Chöre. — 20.40-21.05 Märchen. — 21.05 Erste Abendmeldungen. — 21.10-22.20 Abendkonzert. — Anschließend letzte Meldungen, Bericht über das geistige Leben, Sportbericht. — 22.30 Beim Kölner Sechstagerrennen. — Anschließend bis 24.00 Nachtmusik und Tanz.

Eßt Roggenbrot

Verantwortlich: Peter Becher, Brühl.
Rotationsdruck und Verlag „Brühler Zeitung“
Buchdruckerei P. Becher GmbH, Brühl.



Die Weihnachtsbäume werden gefällt.

Ein Tannenbaumlager im Oberhartz. — Kaum ist gereicht und warten auf ihre Reise in die Städte, wo sie mit ihrem frischen Waldgeruch die ganze Weihnachts-Atmosphäre hervorzaubern.

Verdingung von Bauarbeiten.

Die Stadtverwaltung hat für den Neubau zweier Wohnhausgruppen an der Straße „Zum Donnerbach“

1. die sanitären Installationsarbeiten
2. die elektrischen Installationsarbeiten
3. die Innenputzarbeiten
4. die Glaserarbeiten (Fenster u. Außentür) u.
5. die Glaserarbeiten

auf dem Verdingungswege zu vergeben.

Diese Neubauten gehören zum ausführlichen Wohnungsprogramm der Reichsregierung, nach deren Bestimmungen die Arbeiten nicht auf britische Unternehmer beschränkt zu werden brauchen.

Die Angebotsvorzüge können vom Stadtbauamt, solange der Vorrat reicht, bezogen werden. Die Angebote sind verschlossen und mit entsprechender Aufschrift versehen bis zum 6. Dezember, vormittags 12 Uhr, auf dem Stadtbauamt, Zimmer 16 des Rathauses abzugeben. Die Öffnung und Bekanntgabe erfolgt am gleichen Tage um 14 Uhr. Die Zeichnungen können während der Morgenstunden auf dem Stadtbauamt eingesehen werden.

Brühl, den 1. Dezember 1930.

Der Bürgermeister: Freierichs.

Heute spart jeder,

ob Arm oder Reich,

es ist ganz gleich.

Die Gelegenheit ist da

drum nehmen Sie sie wahr.

Für gute Bedienung und wenig Geld

erhalten Sie was Ihnen gefällt.

haben Sie nötig Ihre Schuhe zu besohlen,

halten wir uns Ihnen bestens empfohlen.

Es kosten bei uns

Herrn-Sohlen und Absätze . . . 4.00

Damen-Sohlen und Absätze . . . 2.80

Kinder-Sohlen und Absätze je nach Gr.

Geklebte und genähte Sohlen 0.50 mehr.

Besohl-Anstalt-Zentrale

Hans Haan & Cie

Uhlstr. 53 Brühl Uhlstr. 53

Früher Pfaff-Nähmaschinen-Niederlage.

Tanz- und Anstandskursus in Brühl.

Eröffnung am Freitag, den 5. Dez. abends 8 Uhr im Hotel zur Post (Inhaber Karl Müller) Gute Ausbildung in Rund- und modernen Tänzen u. a. One step, Quick step, Engl. Walz. Slow Fox, Tango. Honorar mäßig. Bequeme Zahlungsbedingungen. Gefl. Anmeldungen an obiges Hotel sowie in der ersten Tanzstunde.

Hochachtend

F. Gymnich, Tanzlehrer, Euskirchen.

Gebrauchte Möbel

Schlaf- u. Wohnzimmer, Speisezimmer, Küche, Nähmaschinen, Bettfedern, Betten, Küchengeräte, Schränke, alle Einzelstücke, bei Kauf man gut und spottbillig

In Köln bei Fierlage,

Thieboldsstraße 111,

Nähe Neumarkt, auf

Haarnummer achten.

Jung, schöner

Haushund

in nur gute Hände und

praktische

Zuchthähne

amerik. Leghorn

zu verkaufen.

Kaiserstr. 125

Blindenwerkstatt.

Stühle werden geflochten

Hans Greif,

Kirchstr. 10 Brühl. 10



Zülpicher Str. 40

am Augustahospital Nähe

Kuremburger Str.

Bitte achten Sie auf

Hausnummer 40

Preisabbau

Schlafzimmer Eichen,

gebogene Arbeit

Kleiderkasten, dreifach,

mit Spiegel u. Gardinen.

2 Betten mit verstärkten

Stahlmatten, 1 Bett-

erletoilette mit Seide un-

terlegt, 2 Nachtschränke,

2 Stühle, 1 Sofa, ge-

polstert

nur einen Posten

für 470 M.

Küchen

190 M., 270 M.

Speisezimmer

450 M.

Gelegenheitskai-

serbisch 45 M.

Betten 19 M.

Golds und

Chaiselongs

36 M., 45 M., 55 M.

sehr schöne Muster

Bettelagen 4 Teile

24 M.

Stahlmatten in allen

Größen.

Stoppdecken

sehr schöne Muster.

Lieferung m. eigenem

Auto kostenlos nach

jedem Ort.

Teilzahlung gestattet

bis zu 2 Jahren

ohne Wechsel.

Runder Eichenstisch

u. eichen Rauchtisch

wegen Baumangel bill

zu verkaufen.

Hofplatzstr. 23.

Möbel-

transport

von und nach allen Rich-

tungen unter Garantie

Gerh. Wind

Mühlenstr. 37.

Telefon 2334

GELD

für alle Zwecke. — Be-

auftrag, Hypotheken, Ge-

schäftsdrucken usw. schnell

discret. Off. u. B. R. 655

an die Geschäftsstelle.

Auto-

Fahrten

in eleganter 6-Zyl. Limou-

sine bei billiger Berech-

nung.

Carl Nohl, Kölnstr. 23

Telefon 2291.

Asthma-

Tropfen

von vorzüglicher Wirkung

Kräuterhaus

Köln, Blaubach 7.

Saubere

Zeitungs-

Makulatur

hat billig abzugeben

Brühler Zeitung.

Dabei noch einen Posten

Industrie-

Speise-

Kartoffeln

abzugeben.

Adolf Kötter,

Brühl, Vöchem.

Liebe Eltern!

Dank des göttl. Kinderfreundes u. Eurer 1. Hilfe wäre das Antoniusheim für arme, schwachbegabte Kinder nun bezugsfertig. Herzl. Dank für Euer uns bisher erwiesenes Wohlwollen. Eine drückende Schuldenlast hält uns jedoch noch in größten Sorgen.

Dürfen wir trotz schwerer Zeit nochmals um Eure Unterstützung bitten?

Ihr sichert Euch und Euern Kindern reichen Anteil an all den Werken der Barmherzigkeit, die in diesem Hause verrichtet werden.

Gewiß wird das göttl. Kindlein gern die Gebete unserer armen u. elternlosen, schwachbegabten Kinder, die sie täglich für ihre edlen Wohltäter zum Himmel emporsenden, erhören. Ist doch dieser Bau ein lebendiges Denkmal Eurer echten Gottes- und Nächstenliebe.

Aus Dankbarkeit für Eure gütige Hilfe werden jeden Monat in der Kapelle des Antoniusheims 2 hl. Messen für alle unsere edlen Wohltäter gelesen.

Möge das 1. Christkindlein an Euern Kindern besonders vergelten, was Ihr für die Ärmsten tut.

Für die kleinsten Gaben ist dankbar im Namen der armen schwachsinnigen Kinder **Schwester Theresia,**

Antoniusheim, Bredenscheid, b. Hattingen-Ruhr.

Unser Postscheckkonto: Essen 22300.

Echt blaue

Mützen

Eugen Paris

Köln, Weyersstr. 79.

Spar', wo's am Platz,

Wie's unsere Zeit begehrt,

Doch beim Friseur zu sparen

ist verkehrt

Reichswerbewoche des Bundes Deutscher Friseure



„Schutz gegen Infektionskrankheiten muß der Körper selbst besitzen“. Genügende Widerstandsfähigkeit erlangen die Organe durch **SCOTT'S EMULSION**. Sie ist deshalb zur Vorbeugung gegen Grippe, Keuchhusten etc. besonders zu empfehlen. **SCOTT** wird von Jung und Alt bestens vertraut, doch muß es „ORIGINAL SCOTT“ sein, zu haben in allen Apotheken und Drogerien.

Depots: **Alte Kurfürsten-Apotheke Markt 16.**
Drogerie Meier, Lauten, Uhlstr. 71.
Drogerie Schmitt, Kölnstraße 15.
Schloß - Drogerie Wefers, Markt.

2 mittelgroße

Zimmer

im Erdgeschoß an kinder-

lose Leute oder allein-

stehende Person billig zu

vermieten.

Dieselbst

möbl. Zimmer

zu vermieten.

Off. unter 2 u. 638 an

die Geschäftsstelle erbet.

Möbl. Zimmer

zu verm.

Kölnstraße 112.

Gut möbl. Zimmer

mit oder ohne Pension

preiswert zu vermieten.

Kölnstraße 55.

Selbstständiges fleiß.

Mädchen

für alle Hausarbeit per

bald gesucht.

F. Derigs, Mühlenstr. 1.

Fleiß. Mädchen

für vorrätig gesucht.

Seiden, Bülberstr. 19.

Gut erhaltenes

Herren-Sabrad

zu verkaufen.

Radweg 56.

Guter Mantelofen

zu kaufen gesucht. Off. u.

2 u. 638 an die Geschäfts-

stelle.

Kinderstagen

und Puppenkleider wer-

den gebietet.

Kölnstraße 110.

Die Aussage, die ich ge-

gen Fr. Anna Gabender

gemacht habe nehme ich

hiermit zurück.

Frau Pick

Wallstraße.

Widerruf!

Die Aussagen, die ich

gegen die Fr. Anna

Kannen (Gausbinderin

bei Herrn. Klett, Bahnhof

Wingsdorf) gemacht ha-

be nehme ich hiermit

als unwahr zurück.

Joh. Belam,

Wingsdorf, Schiffersgasse



Die Landstraße wird Schifffahrtsweg.

Bewohner eines kleinen holländischen Dorjes ru- schwemmungen geworden. Die Felder bilden ein
dern zu einer benachbarten Ortschaft. — Wie ganz einziges großes Meer, und nur die Baumreihen
Europa, so ist auch Holland ein Opfer der Ueber- weisen den Bewohnern der Dörfer den Weg.

Die Aussichten der deutschen Wirtschaft

Die Währung ist gesichert.

Von unserem wirtschaftspolitischen Mitar- beiter:

Es war gewiß keine leichte Probe, die die deutsche Währung in den letzten Monaten bestanden mußte. Die Situation, die sich für die Reichsmark als Folgewirkung der politischen und wirtschaftlichen Unsicherheit, wie sie durch den Ausfall der Reichstagswahlen geschaffen wurde, ergab, kann nur noch verglichen werden mit den Vorgängen vom Frühjahr 1928. Damals wie jetzt wurde ein scharfer Vorstoß gegen die deutsche Währung von außen her unternommen, damals freilich fast ausschließlich von französischer Seite, um Deutschland unter Druck zu setzen, und für die französischen Youngplanforderungen mürbe zu machen. Diesmal allerdings war die Situation noch schwieriger, weil es sich um eine allgemeine Vertrauenskrise handelte, die nicht nur zu scharfen Abgaben von deutschen Werten durch das Ausland, sondern auch dazu führte, daß in Deutschland selbst in die Milliarden gehende Summen an guten festverzinslichen Effekten und deutschen Aktien wahllos auf den Markt geworfen wurden, und der Erlös in der Hauptsache nach dem Ausland gebracht wurde.

Die letzten Bankausweise ergeben ein geradezu beängstigendes Bild von dem Umfang der Geldabgänge bei den Banken, die sich zwischen 6- und 700 Millionen Mark belaufen, und aus dem Charakter der Abgänge ergibt sich auch, daß sich dabei mehrere hundert Millionen Mark befinden müssen, die sich als zurückgezogene Spargelder von verunglückten Bürgern darstellen.

Die deutsche Währung hat die Probe bestanden. Der Reichsbankpräsident Luthar hat das soeben auch in aller Öffentlichkeit festgestellt, und er konnte mit Recht hinzufügen, daß diejenigen, die zwischenzeitlich in Sorge um die Sicherheit ihrer Gelder ihre Ersparnisse nach dem Ausland gebracht und dort für die Unterfertigung in niedrig verzinslichen Papieren suchten, falsch spekuliert haben.

Tatsächlich sind gerade in diesen ausländischen Papieren in letzter Zeit hohe Kursverluste entstanden, ganz abgesehen von der Minderverzinsung, die sich aus der Spanne zwischen ausländischem und deutschem Anlagegeld ergibt und die sich auf 6-8 Prozent beläuft. Dabei sind die Verluste, die durch den überstürzten Verkauf der Papiere erlitten worden sind, gar nicht einmal mitgerechnet.

Die Tatsache, daß die Reichsmark trotz der politischen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten sich unerschütterlich gehalten hat, ist Beweis dafür, daß die deutsche Wirtschaft im Innern solide und gesund ist. Das Fundament der deutschen Währung ist stabil und darum ist die Währung selbst stabil. Es hat eine tiefe Bedeutung, wenn der Reichsbankpräsident selbst auspricht, daß die sieben Jahre alte Reichsmark, nachdem sie die sieben wahrhaft nicht fetten Jahre durchgehalten hat, auch noch viele Male sieben Jahre durchhalten werde.

Die Gefahr für die Wirtschaft und Währung ist, wie die Situation bei uns sich darstellt, in wirtschaftlichen Momenten allein nicht gegeben. Viel schlimmer ist das, was zuweilen von politischer Seite unternommen wird und was dazu angetan ist, den Kredit Deutschlands nach innen und außen empfindlich zu schädigen. Viele geben sich gar nicht Rechenschaft darüber, welche enge Verbindung zwischen der deutschen Wirtschaft, und Währung einerseits und der internationalen Kredit- und Schuldverschuldung Deutschlands andererseits besteht. Eine latente Gefahr für die Sicherheit der Währung bildet die Verschuldung der deutschen Wirtschaft und der öffentlichen Körperschaften, insbesondere der Gemeinden in kurzfristigen Leihgeldern. Dadurch, daß diese kurzfristigen Gelder in hohen Millionenbeträgen nach den Wahlen abgezogen worden sind, haben

sich jene ernststen Schwierigkeiten für die Reichsbank ergeben, die zur Abgabe von effektivem Gold geführt haben. Nicht in jedem Fall ist eine solche Hergabe von Gold ein Anzeichen für die Schwäche einer Währung. Ganz im Gegenteil kann Goldabgabe sehr oft als Regulator für die Währung und ihre Geltung nach außen hin dienen. Aber in der Situation, in der wir uns in den letzten Wochen befanden, bedeutete der Goldentzug doch etwas anderes. Auch diese Probe wurde bestanden, die Schwierigkeiten wurden überwunden, und unsere Währung ist gerade auf Grund der Erfahrungen, die die Reichsbank und die Wirtschaft machen konnten, jetzt nur noch umso fester unterbaut.

Was wir notwendig haben, um die Wirtschaft neu zu organisieren und ihre Zukunftsaussichten zu verbessern, das ist zunächst die Ordnung im eigenen Hause. Dazu bedarf es freilich des Mutes der Wahrheit und des Mutes zur Verantwortung, wie der Reichsfinanzminister Dr. Brüning auf der Hauptausschussung des Reichsverbandes der deutschen Industrie soeben ausgesprochen hat. Das Ausland hat vielfach auch heute noch mehr Vertrauen zur Zukunft der deutschen Wirtschaft, als Deutschland selbst. So hat der Präsident der amerikanischen Handelskammer in Deutschland, Frederick King gerade jetzt ausgesprochen, daß die Amerikaner in Bezug auf Deutschland Optimisten seien und daß Amerika Kapital nicht in deutsche Fabriken und Anleihen geben würde, wenn es nicht von Deutschlands Zukunft überzeugt wäre. Er sagte weiter, daß die Anlageverhältnisse für Gelder in Deutschland jedenfalls in Amerika als hundertprozentig angesehen werden und daß die deutsche Wirtschaft ein Betätigungsfeld ersten Ranges für das ausländische Kapital darstelle.

Dieses maßgebende Urteil entspricht auch ganz den Auffassungen, wie sie in ruhiger und vernünftiger denkender deutscher Bank- und Finanzkreise herrschen. Man darf auch in dieser Auffassung sich nicht täuschen lassen durch das Bild, das die Börse gegenwärtig bietet und das den tatsächlichen Verhältnissen keineswegs mehr gerecht wird.

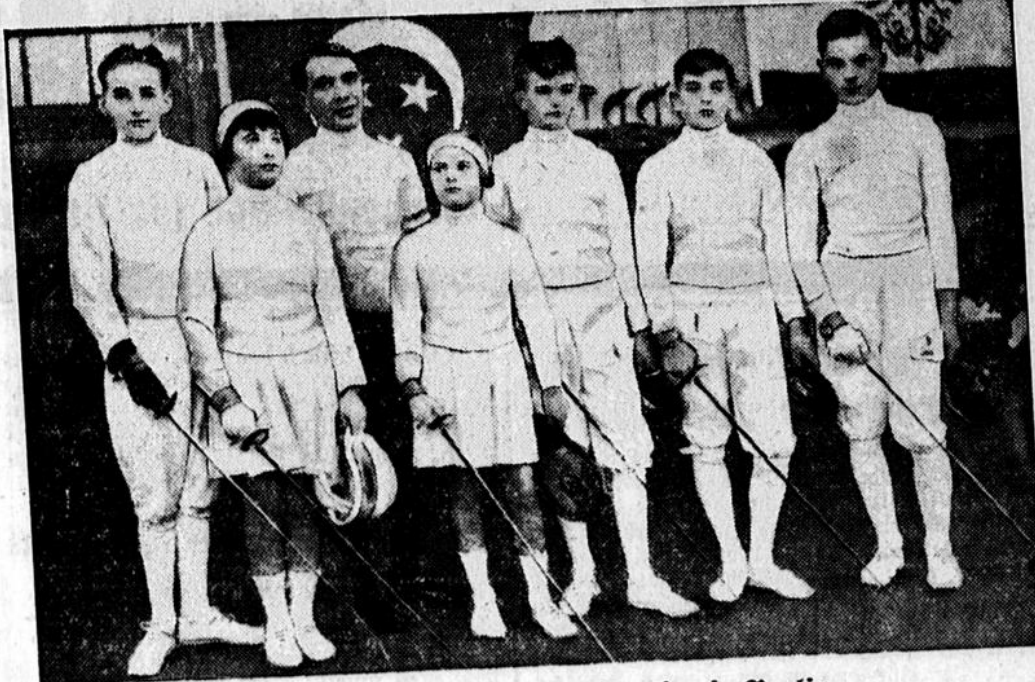
Haben wir erst wieder einmal Vertrauen zu uns selbst, dann wird das Vertrauen von außen her ohne weiteres sich einstellen und nutzbringend für die deutsche gestalten.

Toleranz und Parität

Von der Zentralstelle der katholischen Schulorganisation Deutschlands wird uns geschrieben: Schon seit langer Zeit besteht in Stettin ein Zustand, der es verdient, aufs schärfste gebrandmarkt zu werden. An den städtischen mittleren und höheren Schulen befindet sich eine Minderheit von circa 280 katholischen Schülern und Schülerinnen. Die Stadt weigert sich hartnäckig, für diese bedeutende Zahl von Schülern den allgemeinen vorgeschriebenen Minderheits-Religionsunterricht einzurichten.

Bekanntlich besteht diese Verpflichtung schon für eine Minderheit von 25 Schülern. Stettin aber weigert sich trotz der mehr als zehnfach größeren Zahl. Die Stadt- und leider auch das Provinzial-Schulkollegium — verträteten die katholischen Bürger auf das kommende Reichsschulgesetz, obwohl dieses Gesetz sich mit der höheren und mittleren Schule überhaupt nicht befaßt wird. Die Stadtverwaltung suchte ihre Weigerung u. a. auch mit dem Argument zu begründen, daß man bei einem Entgegenkommen bei den Katholiken auch allen möglichen Seiten daselbe werden gewähren müssen. Dabei ist es ganz klar, daß die maßgebenden ministeriellen Bestimmungen nur von den besten großen christlichen Bekenntnissen sprechen.

Das Verhalten Stettins berührt gerade in dieser Hinsicht umso merkwürdiger, als man für den



Zum ersten Mal Kinderfechttturnier in Berlin.

Prof. Comini im Kreise seiner jugendlichen Schüler. Vorn: Anneliese Reichel-Caro, die Tochter des Großindustriellen, und Karin v. Stauff, die Siegerin des Turniers. Zum ersten Mal fand in Berlin ein Kinderfechttturnier statt, das von Prof.

Comini und dem Fechtclub der Deutschen Bank veranstaltet wurde. Den Sieg trug die jüngste Teilnehmerin, das 9jährige Töchterchen des Direktors der Deutschen Bank, Karin v. Stauff davon.

israelitischen Religionsunterricht die Leistungen aufbringt, die man den Katholiken verweigert! Man faßte jedenfalls in Stettin die Sache sehr gründlich an. Unter anderem fragte die Stadtverwaltung offiziell bei verschiedenen rheinischen Städten an, wie es dort mit der Versorgung von evangelischen Minderheiten mit Religionsunterricht gehalten würde. Da erlebte man nun allerdings eine schwere Enttäuschung. In den rheinischen Städten erhalten nämlich die evangelischen Minderheiten durchweg auf Kosten der Schulunterhaltungsträger Religionsunterricht von Haupt- oder nebenamtlichen Kräften.

Der Fall Stettin ruft unliebsame Erinnerungen nach wie die an Osterode-Spreußen, wo man jahrelang die Errichtung einer katholischen Schule für 300 Kinder verweigerte. In Mühlenrahmede, Bezirk Arnshagen i. Westfalen gab es vor einiger Zeit einen gleichartigen Fall: Man sperrte sich jahrelang gegen die Errichtung einer zweiten katholischen Schule für 175 katholische Kinder, obwohl die arme Diasporakirchengemeinde ein Schulhaus zur Verfügung stellte, und die Gemeinde 13 einklassige evangelische Schulen besaß.

In Osterode wie Mühlenrahmede handelte es sich um Widerstände rechtsgerichteter evangelischer Kreise. In Stettin liegen die Verhältnisse ähnlich. Die Rechte und der evangelische Volksteil müssen sich darüber klar sein, daß sie jeden Anspruch verlieren, in der Diskussion um eine gerechte Lösung der Schulfrage ernst genommen zu werden, solange derartig unglaubliche Fälle vorkommen.

Frauen und Frieden

Jede Frau, die ein mütterliches Empfinden hat — und welche Frau hätte es nicht — fühlt sich in dieser ihrer Eigenart als Mutter mit besonderer Innigkeit zur Mutter unseres Heilandes hingezogen. Die Muttergottes als Gebärerin des Friedensfürsten ist uns zum heiligen Sinnbild des Friedens geworden, und es ist die schöne Aufgabe jeder gläubigen Frau, zur Trägerin des Friedensgedankens zu werden. — In der Natur der Frau liegt tief begründet der Wille, alles Lebende zu hüten — zu pflegen — zu schützen — nicht nur das Leben des Geschöpfes, dem sie selbst das Leben gab. Alles Leben ist ihr heilig, gerade weil sie das Myterium der Geburt in seiner erschütternden und erhabenen Bedeutung kennt. Die Frau ist nach dem himmlischen Schöpferwillen keine „Kampfnatur“. Der Frau und Mutter fällt im Familienleben die friedliche Vermittlerrolle zu; wenn die verschiedenen Temperamente sich innerhalb des Familienkreises aneinander reiben — ihr bleibt das Amt, abzumildern, auszugleichen — Frieden zu stiften. — Seit die Frau durch die Gesegebung zur Teilnahme am Staatsleben berufen ist, hat sie ihre Aufgabe aus dem engeren Rahmen des Familienlebens in die weitere Umhebung des Staatslebens zu übertragen. Es kann nicht oft und nicht eindringlich genug hervorgehoben werden, welcher ein naher Zusammenhang auch hier zwischen den Wor-

ten „Frauen“ und „Frieden“ besteht — nach göttlichem Willen.

Aus dem innigen Wunsch, diese Begriffe für immer untrennbar und sichtbar zu verbinden, entsprang das Gelübnis der katholischen Frauen und Jungfrauen, ein großes Friedenswerk zu schaffen: die Frauenriedenskirche. Die Namen der Frauen, die Bausteine zu diesem heiligen Friedenswerk gestiftet haben, werden zur bleibenden Erinnerung an den Opferwillen in der Krypta der Kirche hinterlegt. Aber es fehlt noch viele Namen — noch viele Opfergaben sind nötig, um alle Bausteine dieses größten Friedensdenkmals zu bezahlen. — In dieser geheimnisvollen Adventszeit, die uns die heilige Jungfrau besonders nahe bringt, denken gewiß zahlreiche katholische deutsche Frauen und Jungfrauen daran, der Mittlerein, die uns den Friedenskönig brachte, ihre Liebe zu beweisen. Sie bringen ein kleines Opfer zu dem heiligen Frauenriedensbauwerk, das der Königin der Frauen geweiht ist, die nicht nur die Ehre der Gottesmutter, sondern auch das Opfer ihres Einzigen willig zu unserem Heile annahm.

Einzahlungen für die Frauenriedenskirche erbeten auf das Postfachkonto Köln 3378.

Wieviel Weihnachtsgeschenke

werden Sie kaufen? ...

Mit Recht werden Sie, sehr geehrte Käuferin, diese Frage als sonderbar bezeichnen. Denn Sie kaufen natürlich in dieser Linie so viel, als es Ihr Geldbeutel zuläßt. Selbstverständlich richten Sie sich auch nach der Zahl der Menschen, denen Sie eine Freude bereiten wollen.

Und doch gibt es Kreise, die der Meinung sind, daß Sie Ihre Einkäufe danach bemessen, ob am Weihnachtsheiligabend die Geschäfte zwei Stunden mehr oder weniger geöffnet sind. Also um 2 Stunden Verkaufszeit geht der Streit: Die Gegner des Fünf-Uhr-Ladeneschlusses am Heiligen Abend behaupten nämlich, daß der Käufer erhöhten Weihnachtsbedarf empfindet, wenn am Heiligen Abend bis sieben Uhr verkauft werden darf. Während eine große Käuferin, die kirchlichen Behörden und sehr viele einsichtige Kreise den Erfolg der jahrelangen Bemühungen der verschiedensten Angestelltenverbänden nach dem 5-Uhr-Ladeneschluß am Weihnachtsheiligabend begrüßt haben. Die Erfahrungen des Vorjahres haben gezeigt, daß ein früherer Ladenschluß am Heiligen Abend dem Deutschen Volke die Möglichkeit gibt, mit größerer Sammlung und Ruhe den Heiligen Abend zu begehen. Die maßgebenden Käuferkreise treten für die weitere Durchführung des Fünf-Uhr-Ladeneschlusses am Heiligen Abend mit Entschiedenheit ein.

Inserieren mit Verstand und Sinn
Bringt dir Kunden und viel Gewinn



Da macht das Sparen Freude
wenn man nichts entbehrt dabei.

Eckstein No. 5

rund, dick, ohne Mundstück
für 4 Pf. voller Genuss!

Der Mittelstand

Wochenbeilage für Handwerk, Handel und Gewerbe.

Die Lage des Einzelhandels im dritten Vierteljahr 1930.

Die Forschungsstelle für den Handel in Berlin hat vor kurzem das Ergebnis des 3. Vierteljahres 1930 über die Lage des Einzelhandels veröffentlicht. Daraus geht hervor, daß der Umsatz für die Monate Juli — September 1930 gegenüber dem Umsatz vom 3. Vierteljahr 1929 in den Handelsunternehmen um 11,6 Prozent zurückgegangen ist. Die Kosten sind jedoch um 1,1 Prozent zurückgegangen. Der Rückgang in den ersten 6 Monaten dieses Jahres gegenüber dem Rückgang in den Monaten Januar — Juni 1929 betrug 8 Prozent.

Der Rückgang des Umsatzes in den reinen Einzelhandelsgeschäften ist noch erheblicher als die oben genannte Zahl von 11,6 Prozent, da die Ermittlungen auch die Warenhäuser und Konsumvereine einschließen, deren Umsätze jedoch keine 11,6 Prozent zurückgegangen sind, sondern gegenüber den Umsätzen des vergangenen Jahres sich nur um 2—7 Prozent vermindert haben. Die Untersuchung der Forschungsstelle für Handel führt weiter an, daß beim kreditgebenden Handel als Vierteljahresdurchschnitt nur noch 63,3 Prozent des vorjährigen Umsatzes erzielt worden seien, ein Ergebnis, das das ungeheure wirtschaftliche Risiko der Kreditgewährung im Handel eindeutig herausstellt. Der Umsatz im Schuhhandel sank auf 87 Prozent gegenüber dem entsprechenden Vierteljahr von 1929, der Umsatz in Textilwaren und in Glas und Porzellan auf 89 Prozent, in Eisenwaren auf 84 Prozent.

Die Wareneingänge sind noch stärker gesunken, als die Umsätze, woraus hervorgeht, daß ein nicht unerheblicher Lagerabbau vorgenommen wurde. Durchschnittlich sind die Wareneingänge um 19,3 Prozent zurückgegangen, im Textilwarenhandel um 26,7 Prozent. Dieser starke Lagerabbau dürfte, wie der Bericht erwähnt, noch fortgesetzt werden.

Die Kosten des Einzelhandels haben sich durch die Umsatzverringering im Allgemeinen nicht oder doch in geringem Umfang geändert. Zahlreiche Kostenfaktoren wie Steuern, Sozialversicherungsbeiträge, Licht und Wasser usw. haben sich sogar vergrößert. In keinem einzigen Handelszweig ist es nach dem Bericht der Forschungsstelle gelungen, die Kosten dem Umsatzrückgang anzugleichen. Ueber die wirtschaftlichen Schwierigkeiten des Handels und vor allem des Einzelhandels unterrichten die Konsum- und Vergleichsverfahren. Der Einzelhandel hatte im 3. Vierteljahr 1930 986 Konsum- und 867 Vergleichsverfahren angemeldet. Für den Großhandel waren 172 Konsum- und 137 Vergleichsverfahren.

Diese kurze Uebersicht, die wir auszugeweiht dem Bericht der oben genannten Forschungsstelle entnehmen, beweist die Schwierigkeit der gesamten mit dem Preisentwertungsproblem zusammenhängenden Fragen. Beim Einzelhandel liegen die Verhältnisse so, daß die verringerte Kaufkraft einen großen Rückgang der Einnahmen mit sich bringt, daß aber diesem Rückgang der Einnahmen keine entsprechende Senkung der übrigen Kosten folgen kann, wodurch die Möglichkeit einer weiteren Senkung der Preise zum mindesten als zweifelhaft anzusehen ist.

Die Verschuldung von Reich, Staat und Gemeinde.

Vor wenigen Wochen ist eine Untersuchung des Statistischen Reichsamtes Berlin der Öffentlichkeit unterbreitet worden, die in die Verschuldung des Deutschen Reiches, der einzelnen Deutschen Staaten sowie der Gemeinden ein aussagekräftiges Bild gibt. Danach betrug die Gesamtverschuldung des Reiches, der Länder und Gemeinden Ende 1929 21,9 Milliarden Mark; eine Summe von etwa 14,5 Milliarden Mark entfiel auf die Neuverschuldung. Da die Gesamtverschuldung 1914 19,5 Milliarden Mark betrug, nähern wir uns sehr rasch der Vorkriegsverschuldung. Hierbei ist allerdings zu Ungunsten der heutigen Verhältnisse noch zu berücksichtigen, daß das Deutsche Reich vor dem Kriege ein bedeutend größeres Gebiet umfaßte. Die Eigenunternehmungen des Reiches, der Länder und Gemeinden hatten am 31. März 1929 2,9 Milliarden Mark Schulden. Von größter Bedeutung ist die prozentuale Verteilung der Schuldenlasten auf die einzelnen Körperschaften. Im Jahre 1914 entfielen von den Schulden auf das Reich 6,7 Proz., auf die Bundesstaaten 57 Proz., auf die Gemeinden 26,3 Proz. Ende 1928 betrug der Anteil der Länder 11,6 Proz., der Reichsanteil 48,8 Proz., der Anteil der Gemeinden 39,6 Proz. Infolge der gesamten Lastenverteilung ist demnach vor allem der Anteil des Reiches und der Gemeinden an den Gesamtverschulden bedeutend gestiegen.

Weiterhin geht aus der Veröffentlichung des Statistischen Reichsamtes hervor, daß die Neuverschuldung vom 31. März 1928 bis zum 31. Dezember 1929, also in 1 1/2 Jahren sich nahezu verdoppelt hat. Wie oben schon betont wurde, hat die Gesamtverschuldung der genannten Körperschaften die Vorkriegsverschuldung nahezu erreicht, die Zinsbelastung hat jedoch die der Vorkriegszeit infolge der erheblich höheren Zinsen bedeutend überschritten, sodaß aus der Neuverschuldung allein jährlich etwa 550 Millionen Mark Zinsen zu zahlen sind. Die Gesamten haben für ihre Schulden durchschnittlich 7,44 Prozent an Zinsen zu zahlen, das Reich und die Länder nur 6,6 Prozent Zinsen.

Auf den Kopf der Bevölkerung betrug die Summe der öffentlichen Verschuldung Ende März 1928 bereits 234.— M., Preußen selbst liegt etwas unter dem Reichsdurchschnitt mit 224.— M. Innerhalb Preußens liegt die Rheinprovinz bedeutend über dem Durchschnitt mit 267.— M. auf den Kopf der Bevölkerung. Was die Herkunft der Verschuldung betrifft, so sei erwähnt, daß von den 14,5 Milliarden Mark Neuschulden nach dem Stande vom März 1928 72 Prozent aus Inlandsmitteln und 28 Prozent aus Auslandsmitteln herrühren.

Mehr Freiheit beim Bauen!

Ein Erlaß

des Preussischen Wohlfahrtsministers.

Die große Zahl der Erwerbslosen und die schwierige Lage der gesamten deutschen Wirtschaft bedingen dazu, jedes Unternehmen, bei dem Arbeitskräfte beschäftigt werden, in jeder Weise auch durch die Behörden zu fördern. Aus diesem Grunde werden die Baupolizeibehörden, insbesondere die Gemeindebehörden, allen Bauvorhaben gegenüber größtes Entgegenkommen zeigen müssen. Dieses Entgegenkommen wird in erster Linie in einer möglichst beschleunigten geschäftlichen Behandlung der Bauanträge zu bestehen haben; jede Dienststelle muß das Bestreben haben, Verzögerungen zu vermeiden.

Aber auch sachlich ist ein weitgehendes Entgegenkommen erforderlich; hierbei ist davon auszugehen, daß auch die Ausführung privater Bauten nicht nur privaten Interessen dient, sondern gerade in einer Zeit der Wirtschaftskrise der Allgemeinheit in verstärktem Maße zugute kommt. Wenn auch das Entgegenkommen nicht dazu führen darf, daß sich die Bauherren und die Bauunternehmer vollständig über die Forderungen hinwegsetzen, die der Sicherheit und dem Bestreben auf Schaffung gesunder Wohnungen dienen, so wird doch in einer Zeit der wirtschaftlichen Not von der Durchführung mancher Förderung im Wege der Ausnahme oder der Befreiung abgesehen werden können, deren Erfüllung zu anderer Zeit unerlässlich erscheint.

Die Baupolizei wird ihre Genehmigungstätigkeit ferner nicht allein in der Richtung ausüben haben, daß sie die eingereichten Bauvorlagen prüft, sie wird vielmehr in den Fällen, in denen sie das Bauvorhaben nicht unüberändert genehmigen kann, dieses nicht einfach abzulehnen, sondern durch sachgemäße Beratung des Bauherrn eine Lösung anzustreben haben, die unter Berücksichtigung der berechtigten privaten und öffentlichen Interessen eine möglichst beschleunigte Ausführung des Bauvorhabens ermöglicht.

(Entnommen der Hausbesitzer-Zeitung für die Rheinprovinz vom 16. November 1930, Nr. 22.)

Sparkassenaufwertung in Preußen.

In der Sitzung des Gemeindevorstandes des Preussischen Landtages vom 16. Oktober 1930 gab der Beauftragte des preussischen Ministeriums des Innern, Ministerialdirektor Dr. von Leyden, zur Sparkassenaufwertung Erklärungen ab, die der amtliche preussische Pressedienst nachstehend in Wortlaut wiedergibt:

Bereits im Oktober d. J. hat das preussische Innenministerium sämtliche öffentlichen oder unter Staatsaufsicht stehenden privaten Sparkassen die Einrichtung einer endgültigen Aufwertungsabteilung ausgeben, mit dem Ziele, auf diese Weise die notwendigen Unterlagen für die abschließende Regelung der preussischen Sparkassenaufwertung zu beschaffen. Die Aufwertungsabteilungen, deren genaue Durchprüfung einen erheblichen Arbeits- und Zeitaufwand erfordert, liegen nunmehr vor; nur in verhältnismäßig wenigen Fällen ist die endgültige Durchführung noch nicht abgeschlossen.

Das Ergebnis der endgültigen Aufwertungsabteilungen zeigt erfreulicher Weise, daß bei den preussischen Sparkassen eine beträchtlich höhere Aufwertung, als bisher angenommen, möglich sein wird. Für alle aufwertungsverspflichteten Sparkassen Preußens steht einer Aufwertungsabteilungsmasse von insgesamt rund 8 Milliarden Rmt., eine Aufwertungsabteilungsmasse von insgesamt 1,7 Milliarden Rmt. gegenüber. Das würde bei einer vollständig gleichen Aufwertung durch das ganze Land bedeuten, daß ein jeder Spar-

er sein Sparguthaben mit etwa 21,4 Prozent aufgewertet erhielte.

Neben einer sonach erheblich höheren Aufwertungsabteilungsmasse im ganzen zeigt die endgültige Aufwertungsabteilungsmasse aber auch außerordentliche Verschiedenheiten in den einzelnen Landesstellen; bei einer Gegenüberstellung der Aufwertungsabteilungen und -aktiven, getrennt nach den einzelnen Provinzen, ergeben sich folgende durchschnittliche Aufwertungsabteilungen: Brandenburg 17,7 Prozent, Berlin 14,5 Prozent, Hannover 18,3 Prozent, Niederschlesien 19,4 Prozent, Oberschlesien 29,8 Prozent, Ostpreußen 17,2 Prozent, Ostmark 25,6 Prozent, Pommern 21,8 Prozent, Sachsen 20 Prozent, Schleswig-Holstein 17,1 Prozent, Rheinland 24,7 Prozent, Westfalen 26,9 Prozent. Bei dieser starken Verschiedenheit in den einzelnen Landesstellen muß ersichtlich geprüft werden, ob es bei der bisher vorgesehenen einheitlichen Regelung der Sparkassenaufwertung für ganz Preußen verbleiben kann, oder ob nicht stattdessen eine einheitliche Aufwertung nur für sämtliche Sparkassen ein und derselben Provinz vorgeschrieben werden soll. In dem einen wie dem anderen Falle sollen selbstverständlich die Aufwertungsabteilungen restlos zur Aufwertung der Sparkassenguthaben Verwendung finden. Diese sogenannte individuelle Aufwertung derart, daß jede einzelne Sparkasse lediglich nach ihrer eigenen Aufwertungsabteilung aufzuwerten hätte, muß als den Interessen der Gesamtheit der Sparer wie der Gemeinden widersprechend abgelehnt werden.

Die Spitzenvertretungen des Handwerks zum Regierungsprogramm.

Die Spitzenvertretungen des deutschen Handwerks, der Deutsche Handwerks- und Gewerbetamertag und der Reichsverband des deutschen Handwerks, haben in einer gemeinschaftlichen Vorstandsitzung zu Hannover am 7. und 8. November 1930 zu dem Programm der Reichsregierung mit folgender Entschiedenheit Stellung genommen, die wir auszugsweise wiedergeben:

I. Der Wirtschafts- und Finanzplan der Reichsregierung wird anerkannt als ein Anfang der Maßnahmen, die zur Gesundung der öffentlichen Finanzen in Deutschland und zur Rettung der deutschen Wirtschaft vor weiterem Verfall notwendig sind.

II. Mit Rücksicht darauf, daß dieser Plan der Reichsregierung nicht die Gesamtheit der volkswirtschaftlichen Notwendigkeiten erschöpft, nehmen die vereinigten Vorstände im besonderen wie folgt Stellung:

1) Die wirtschaftliche und politische Lage des deutschen Volkes erfordert dringend eine endliche grundsätzliche Wandlung der bisherigen Methoden der deutschen Finanz- und Sozialpolitik in ihrer Wirkung auf die deutsche Wirtschaft. Dabei ist der Bedeutung der auf verantwortungsbewußten Persönlichkeiten beruhenden Wirtschaftsführung des gewerblichen Mittelstandes für die Gesamtwirtschaft und Volksgemeinschaft weit mehr als bisher Rechnung zu tragen.

2) Das Programm der Reichsregierung ist auch für die Jahre 1930/31 und

1931/32 noch keine Steuerermäßigungen. Es zeigt aber erstmals den ersten Willen, vom nächsten Etatsjahre ab einen echten Haushaltsausgleich auf der Ausgabe- und Einnahmenseite zu suchen und erscheint insoweit als ein erster Schritt zu einer Finanzpolitik, die der schweren Lage unserer Volkswirtschaft Rechnung zu tragen sucht. Die Ueberlastung der Wirtschaft mit Steuern und öffentlichen Ausgaben erfordert gebieterisch weitere Schritte in dieser Richtung, um bei einer tragbaren Höhe der öffentlichen Lasten zu einer wirklichen Sanierung unserer öffentlichen Finanzen zu kommen. Die auf einem Teilgebiet vorgesehene Steuerumlagerung — Heranziehung von bislang zur Förderung des Wohnungsbauverwandten Hauszinssteuermitteln zur Senkung der Realsteuern — erscheint finanzpolitisch problematisch, wirtschaftspolitisch bedenklich.

3) Soweit das Regierungsprogramm sich mit Maßnahmen auf dem Gebiete der Sozialpolitik befaßt, sind die Spitzenkörperschaften des deutschen Handwerks einmütig der Auffassung, daß die Vorschläge ungenügend sind und der tatsächlichen Lage der deutschen Wirtschaft nicht gerecht werden. Das Handwerk fordert die sofortige Vorlage eines Gesetzesentwurfs seitens der Reichsregierung, in welchem das Recht der amtlichen Berufsvertretungen des Handwerks zur allgemeinverbindlichen Regelung des gesamten Rechtsvertrages auf der Grundlage der berufständigen Selbstverwaltung festgelegt wird.

4) Zu der von der Reichsregierung vorgeschlagenen Neuordnung der Wohnungswirtschaft fordert das Handwerk im Einvernehmen mit seinen bauseitigen Spitzenverbänden mit dem Zentralverband deutscher Haus- und Grundbesitzer-Vereine mit al-

tem Nachdruck, daß die im Regierungsprogramm angegebenen Fristen für den Abbau bzw. Beseitigung der Wohnungswirtschaftswirtschaft wesentlich verkürzt werden, derart, daß das Reichsmietengesetz und das Mieterschutzgesetz mit sofortiger Wirkung von allen durch die heutigen Verhältnisse auf dem Wohnungsmarkt überholten Bestimmungen beseitigt werden, und daß die Aufhebung des Restes dieser Gesetze in kürzester Frist erfolgt.

5) Die beruflichen Vertretungen des Handwerks erheben die Forderung, daß bei den Hilfsmitteln für die Landwirtschaft nicht nur die landwirtschaftlichen Vertretungen gutachtlich gehört werden, sondern daß die Vertretungen dieser Hilfsmittel auf die gesamte Wirtschaft unter Abwägung der beteiligten Berufsvertretungen gutachtlich geprüft werden.

6) Bei der Beurteilung der Preiswirtschaft im Handwerk darf nicht vergessen werden, daß unter 1 350 000 Betrieben eine große Anzahl Klein- und Kleinstbetriebe sind. Diese Betriebe verdienen ihre Existenz durch geringeren Verdienstanteil und längere Arbeitszeit. Wie die Finanzämter bestätigen können, wird der Verdienst eines voll beschäftigten Gesellen von derartigen Betriebsinhabern selten erreicht. Die Leute bezahlen als ihre Selbständigkeit sehr teuer.

Hinsichtlich der größeren Betriebe darf festgestellt werden, daß mit dem Wachsen der Beschäftigungszahl sich auch die Unkosten vermehren, so daß hinsichtlich der Produktionskosten im Handwerk keine großen Unterschiede bestehen. Für die Preisbildung im Handwerk sind Materialkosten, Löhne und Geschäftskosten die hauptsächlichsten Faktoren. Auf die Preise für Rohstoffe und Halbfabrikate hat das Handwerk keinen Einfluß.

7) Die beruflichen Vertretungen des Handwerks verlangen einen schleunigen Abbau der Mietbelastungen des Reiches, der Länder und der Gemeinden, die in ihrem bisherigen Bestande unter Verletzung des Artikels 104 der Reichsverfassung zu einer allmählichen Aufwertung der Handwerkswirtschaft führen müssen.

Sie verlangen weiter die Vergütung öffentlicher Arbeiten und Lieferungen unter tatsächlicher Befolgung des Inhalts und des Sinnes der Reichsverbindungsordnung bei den Behörden des Reiches, der Länder und Gemeinden unter angemessener Beteiligung des Handwerks.

8) Zur Gesundung der innenpolitischen Verhältnisse kann eine durchgreifende Verwaltungs- und Verfassungsreform nicht entbehrt werden. Sie ist von entscheidender Bedeutung und muß mit allem Nachdruck durchgeführt werden.

9) Ganz allgemein ist in der Gesetzgebung des Reiches und der Länder auf die Lebensbedingungen des gewerblichen Mittelstandes weit mehr als bisher Rücksicht zu nehmen.

10) Die Spitzenvertretungen des Handwerks haben von Anfang an darauf hingewiesen, daß die Belastung aus dem Young-Plan die Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft übersteigt.

Die Vorstände des Kammerlages und des Reichsverbandes weisen erneut darauf hin, daß die Reparationslasten angesichts der inzwischen eingetretenen Entwicklung völlig untragbar geworden sind. Deshalb ist eine durchgreifende Revision der außenpolitischen Bedingungen Deutschlands so bald wie möglich einzuleiten und durchzuführen.

Cardinal ...
polischer ...
Er schreibt ...
nach dem ...
wendet, tri ...
ten sich in ...
strophen, die ...
berstcht unter ...
gunst und ...
leiderfüllten ...
geffen: „Der ...
Cardinal m ...
bares Klage ...
Reiten zu v ...
Nächstenliebe ...
euch“, fähr ...
eurer nolite ...
Stellt euch ...
ren Seelfor ...
tatsächlich ...
sönlichen ...
Bingen; u ...
mit ihnen ...
breiteite No ...
finden.“
Dann f ...
Wort:
„Ebenso ...
keit erschei ...
Nächstst ...
Wrt eurer ...
seiner Ar ...
und Worn ...
Herzen we ...
bürtger, w ...
ren und d ...
der Not v ...
gedankte ...
und dastu ...
alle höflich ...
schränken ...
wollten si ...
lagen — ...
mit Kost ...
nachgerad ...
jubilaen ...
überfüllt ...
von dem ...
entfernen ...
gen allge ...
eigene W ...

Sam ...
kurz gem ...
während ...
des Lan ...
Zentrum ...
Bauernf ...
67 Jahr ...
Mit i ...
nehmer ...
des Rbe ...
trumsme ...
Jahrzeh ...
lichen R ...
einstellig ...
mit sein ...
teil die ...
Stände. ...
1929 ei ...
bund und ...
bitalisie ...
von sein ...
schrieb ...
worden ...
ten Dar ...
treme S ...
nur be ...
sondern ...
Gruppe ...
immer ...
Bollig ...
trums ...
Weirate ...
Provin ...
ordnete ...
lichen ...
sein.

Mad ...
schienen ...
Ende ...
der Ro ...
Rathpol ...
Diese ...
schiede ...
109 0 ...
Austro ...
summe ...
Mod ...
Weil

„Mar!“ jubelte Dimitti auf, „du hast ... ? Und was ist mit Trend? ... Was ist mit Trend?“

„Stimm, ich werde dir alles erzählen“, sagte Mar, „ich hab seinen Arm in den des Trendes und fühlte die hühnerartigen Schwingen und diese wunderbaren durch den blühenden Spalt. ...“

„Neine, Dimitti, die Entlassung, Trend, von der Trend, ...“

„Was hat das mit Trend zu tun?“, erwiderte Mar, „das ist ...“

„Das war keine Antwort, eine furchtbare Antwort auf die Fragen, die auf uns einströmten, was geschah mit der ...“

„Dimitti hörte voll Spannung die Erzählung seines Trendes an, dessen Worte einen tiefen Eindruck auf ihn machten. ...“

„Mar“, sagte Dimitti, „dann und darf ich hoffen, daß meine Meinung zu ...“

„Dimitti, so spricht sein Mann“, meinte Mar. „Du weißt nicht, wie innig ich deine Schwärze liebe. ...“

„Ich habe dich geliebt, wie ich dich liebe“, sagte Mar, „ich habe dich geliebt, wie ich dich liebe.“

„Ich habe dich geliebt, wie ich dich liebe“, sagte Mar, „ich habe dich geliebt, wie ich dich liebe.“

„Ich habe dich geliebt, wie ich dich liebe“, sagte Mar, „ich habe dich geliebt, wie ich dich liebe.“

„Ich habe dich geliebt, wie ich dich liebe“, sagte Mar, „ich habe dich geliebt, wie ich dich liebe.“

„Ich habe dich geliebt, wie ich dich liebe“, sagte Mar, „ich habe dich geliebt, wie ich dich liebe.“

„Ich habe dich geliebt, wie ich dich liebe“, sagte Mar, „ich habe dich geliebt, wie ich dich liebe.“

„Ich habe dich geliebt, wie ich dich liebe“, sagte Mar, „ich habe dich geliebt, wie ich dich liebe.“

„Ich habe dich geliebt, wie ich dich liebe“, sagte Mar, „ich habe dich geliebt, wie ich dich liebe.“

„Ich habe dich geliebt, wie ich dich liebe“, sagte Mar, „ich habe dich geliebt, wie ich dich liebe.“

„Ich habe dich geliebt, wie ich dich liebe“, sagte Mar, „ich habe dich geliebt, wie ich dich liebe.“

„Ich habe dich geliebt, wie ich dich liebe“, sagte Mar, „ich habe dich geliebt, wie ich dich liebe.“

„Ich habe dich geliebt, wie ich dich liebe“, sagte Mar, „ich habe dich geliebt, wie ich dich liebe.“

„Ich habe dich geliebt, wie ich dich liebe“, sagte Mar, „ich habe dich geliebt, wie ich dich liebe.“

„Ich habe dich geliebt, wie ich dich liebe“, sagte Mar, „ich habe dich geliebt, wie ich dich liebe.“

„Ich habe dich geliebt, wie ich dich liebe“, sagte Mar, „ich habe dich geliebt, wie ich dich liebe.“

„Ich habe dich geliebt, wie ich dich liebe“, sagte Mar, „ich habe dich geliebt, wie ich dich liebe.“

„Ich habe dich geliebt, wie ich dich liebe“, sagte Mar, „ich habe dich geliebt, wie ich dich liebe.“

„Ich habe dich geliebt, wie ich dich liebe“, sagte Mar, „ich habe dich geliebt, wie ich dich liebe.“

„Ich habe dich geliebt, wie ich dich liebe“, sagte Mar, „ich habe dich geliebt, wie ich dich liebe.“

„Ich habe dich geliebt, wie ich dich liebe“, sagte Mar, „ich habe dich geliebt, wie ich dich liebe.“

„Ich habe dich geliebt, wie ich dich liebe“, sagte Mar, „ich habe dich geliebt, wie ich dich liebe.“

„Ich habe dich geliebt, wie ich dich liebe“, sagte Mar, „ich habe dich geliebt, wie ich dich liebe.“

„Ich habe dich geliebt, wie ich dich liebe“, sagte Mar, „ich habe dich geliebt, wie ich dich liebe.“

„Ich habe dich geliebt, wie ich dich liebe“, sagte Mar, „ich habe dich geliebt, wie ich dich liebe.“

„Ich habe dich geliebt, wie ich dich liebe“, sagte Mar, „ich habe dich geliebt, wie ich dich liebe.“

„Ich habe dich geliebt, wie ich dich liebe“, sagte Mar, „ich habe dich geliebt, wie ich dich liebe.“

„Ich habe dich geliebt, wie ich dich liebe“, sagte Mar, „ich habe dich geliebt, wie ich dich liebe.“